

Hamburg spezial und Bildungspolitik

Berichterstattungen und Kommentare

Süddeutsche Zeitung

Nr.164, Dienstag, den 20. Juli 2010 , Seite 4

Was vom Eifer übrig bleibt

Von Tanjev Schultz

Geht es um die Schule, tragen viele Eltern zwei Seelen in ihrer Brust. Sie wünschen sich eine Schule, in der ihr Kind lernen und Fehler machen kann, ohne ständig bewertet, einsortiert und angetrieben zu werden. Diese Stimme sagt: Lasst die Kinder möglichst lange in der Grundschule, gebt ihnen Zeit, miteinander und voneinander zu lernen! Doch da ist noch die andere Seele. Sie ist besorgt, ob das Kind genug lernt. Und ob es nicht unter schlechten Einfluss gerät, wenn es jahrelang mit schwächeren Schülern in derselben Klasse bleibt. Diese Stimme ruft: Schick" dein Kind aufs Gymnasium, so schnell du kannst!

In Hamburg ist die zweite Stimme lauter gewesen als die erste. Gegen die Schulreform haben Bürger mobil gemacht, die um den Status des Gymnasiums fürchteten, und damit wohl auch um ihren eigenen Status und den ihrer Kinder. In der Vorstellung des schwarz-grünen Senats sollte die Primarschule, eine auf sechs Jahre verlängerte Grundschule, zur Integration beitragen, zum Zusammenhalt einer bedrohlich auseinanderdriftenden Gesellschaft. Das ist misslungen, auch atmosphärisch. Im Wahlkampf vor dem Volksentscheid trommelten einige Chefärzte so vehement gegen die Reform, als müssten sie das Abendland vor der Pest retten. Sollten auch sie zwei Seelen in ihrer Brust getragen haben, blieb eine davon leider gut verborgen.

Vor dem Volksentscheid hat sich Ole von Beust über manche Reformgegner beklagt. Sie hätten zugegeben, nicht zu wollen, dass ihre Söhne und Töchter länger als unbedingt notwendig mit Migrantenkindern zur Schule gehen. Es ist natürlich normal, dass Eltern das Beste für ihr Kind wollen. Man kann nicht verlangen, dass sie den Erfolg ihres Kindes einer guten Sache opfern (der Integration, dem Multikulturalismus). Doch für die Gesellschaft wird die Spaltung in Privilegierte und Deklassierte immer mehr zur Gefahr. Wie weit soll die Segregation denn noch gehen? Soll sie schon im Kindergarten und in der ersten Klasse beginnen?

Leider fehlt gerade denen eine starke Lobby, die sie im deutschen Bildungssystem am meisten bräuchten: den Armen, den Kindern von Hartz-IV-Empfängern und den Migranten. Sie sind es, um die man sich wirklich Sorgen machen muss; nicht so sehr um die Kinder der Chefärzte, die ihren Weg wohl selbst dann machen würden, wenn man sie eine ganze Weile gar nicht zur Schule schickte.

Bereits jetzt unterscheiden sich die Viertel einer Großstadt in ihrer sozialen Struktur so stark, dass die Postleitzahl der Grundschule, die ein Kind besucht, viel über seine

späteren Chancen aussagt. Daran würde allerdings eine längere Grundschulzeit nichts ändern. Eher könnte sie den Trend verstärken, dass bildungsbewusste Bürger mit ihren Kindern auf bessere Stadtteile und auf Privatschulen ausweichen. Das Ziel der Hamburger Schulreform - mehr Chancen für sozial Schwächere - war zwar alle Ehren wert. Fraglich ist jedoch, ob es durch die Primarschule erreicht worden wäre. In Berlin gibt es die sechsjährige Grundschule bereits, und dort sind die Ergebnisse ziemlich ernüchternd.

Von der Wissenschaft kann man sich in der Frage übrigens nicht viel Aufklärung erhoffen. Es gibt diese und jene Studien, die Befunde sind gemischt, und für den Erfolg oder Misserfolg eines Schulsystems kommt es nicht allein auf einen Faktor wie die Dauer der Grundschule an. Viele Bildungsforscher halten sich deshalb bei dem Thema zurück, einige raten zu, andere raten ab. 'Die Forderung ist noch nicht verkündet, die ein deutscher Professor uns nicht begründet', hat Kurt Tucholsky gedichtet, und so ist es auch in der Schulpolitik.

Entschieden haben in Hamburg die Wähler, und ihr Votum wird weit über die Hansestadt hinaus die Politik in Deutschland beeinflussen. Denn nun müssen sich andere - die Jamaika-Koalition im Saarland, FDP und Opposition in Bayern - gut überlegen, ob es sich wirklich lohnt, ihre Kraft in das Projekt einer längeren Grundschule zu investieren, das bei den Bürgern so großen Widerstand provoziert. Das Hamburger Beispiel ist generell ein Warnsignal an Politiker, sich an Bildungsreformen nicht zu verheben. Die grüne Schulsenatorin Christa Goetsch ist in Hamburg mit einem Eifer ans Werk gegangen, der sich am Ende gegen sie wendete. Dabei hat Goetsch durchaus Gutes bewirkt, und die wirklich wichtigen Elemente ihrer Reform haben den Volksentscheid überlebt: die Fusion der Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu sogenannten Stadtteilschulen, die Reduzierung der Klassengröße in Schulen mit hohem Migrantanteil, die verstärkte Fortbildung der Lehrer und die Ausrichtung des Unterrichts am Leitbild individueller Förderung.

Alle diese Schritte können dazu beitragen, schwächere Schüler zu stärken und möglichst lange offen zu halten, welchen Abschluss sie am Ende erwerben. Hamburg kann damit immer noch zu einem Vorbild für andere Bundesländer werden. Die um zwei Jahre verlängerte Grundschule wäre organisatorisch ein Kraftakt gewesen, der viel Energie gebunden hätte. Diese Energie kann jetzt in die frühkindliche Bildung, in die Qualität des Unterrichts und die Stabilisierung der neuen Stadtteilschulen fließen. Das Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich, zwischen Bildungsverlierern und Bildungsgewinnern muss gestoppt werden. Das kann, das muss das Land auch ohne Primarschulen schaffen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.164, Dienstag, den 20. Juli 2010 , Seite 5

Klassenkampf und Kleinstaaterei

Mittelschulen, Werkrealschulen, Stadtteilschulen - jedes Bundesland bastelt am Erziehungssystem

Von Johann Osel

München - Der Erfolg des Hamburger Volksentscheids hat die Gegner struktureller Schulreformen bundesweit beflügelt. Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbandes, sprach von einem 'phantastischen Votum für den Erhalt eines leistungsfähigen Gymnasiums'. Von Hamburg gehe nun 'ein Signal an alle Landesregierungen aus, endlich von teuren und unnützen Strukturreformen die Finger zu lassen'. Es gebe in Deutschland keine gesellschaftliche Mehrheit für längeres gemeinsames Lernen, sagte Meidinger, in dessen Verband vor allem Gymnasiallehrer organisiert sind. Er forderte die Bildungspolitiker auf, in den nächsten zehn Jahren auf Eingriffe, die auf keinen breiten Konsens stießen, zu verzichten - und sich stattdessen auf bessere Unterrichtsqualität zu konzentrieren. Auch der Deutsche Lehrerverband begrüßte das Hamburger Votum gegen eine sechsjährige Primarschule, es komme 'einer bürgerlichen Revolte gleich'.

Die traditionell eher linke Bildungsgewerkschaft GEW warf der siegreichen Bürgerinitiative hingegen 'eine Angstkampagne' vor. 'Es ist ihnen gelungen, bei vielen Menschen Verlustängste für die Lernbedingungen ihrer Kinder zu erzeugen', sagte GEW-Chef Ulrich Thöne. Die Probleme der sozialen Ausgrenzung im mehrgliedrigen Schulsystem seien aber nicht von der Hand zu weisen. Außerdem dürfe es gerade für Flächenstaaten wie Nordrhein-Westfalen keinen Stopp in der Schulentwicklung geben, um trotz sinkender Schülerzahlen attraktive Schulstandorte in Wohnortnähe anbieten zu können.

An Rhein und Ruhr hatten SPD und Grüne im Wahlkampf stark auf das Thema Schulpolitik gesetzt. Die rot-grüne Regierung plant, Gemeinschaftsschulen einzuführen, an denen Jugendliche bis zur zehnten Klasse unter einem Dach sind, in Stufe fünf und sechs gemeinsam unterrichtet werden. Ob die Klassen von der siebten Jahrgangsstufe an aufgeteilt werden, sollen Eltern, Schule und Schulträger vor Ort entscheiden. Man gehe 'einen sanften Weg', betont die neue grüne Schulministerin Sylvia Löhrmann. Das Beispiel Hamburg zeige, 'wie sensibel systematische Veränderungen in der Schulpolitik sind'. Gerade deshalb wolle man längeres gemeinsames Lernen nicht von Düsseldorf aus verordnen, sondern im regionalen Konsens gestalten.

Nicht nur in NRW ist die Schullandschaft in Bewegung. Geburtenrückgang, Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt und Ansprüche einer immer selbstbewussteren Elternschaft an die Bildung ihrer Kinder haben in fast allen Ländern die Strukturen aufbrechen lassen. Das klassische dreigliedrige System aus Haupt-, Realschule und Gymnasium gibt es derzeit in dieser Form nur noch in Baden-Württemberg und Bayern - das deutsche Schulsystem gleicht mittlerweile reinster Kleinstaaterei.

In Berlin tritt von August an die Schulreform des rot-roten Senats in Kraft: Haupt-, Real- und Gesamtschulen fusionieren zu Sekundarschulen, parallel zum Gymnasium, das dadurch nicht beschnitten werden soll. Da man zugleich auf den Ausbau von Ganztagsangeboten sowie eine breite Beteiligung der Bürger setze, habe man in Berlin

eine weitaus größere Akzeptanz der Reform als in Hamburg, sagte Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD), der den Ausgang des Volksentscheids dennoch bedauerte. Ein solches zweigliedriges Schulsystem ist auch in den meisten ostdeutschen Ländern vorhanden. Mit den 'Stadtteilschulen' wird es nun - unabhängig vom Volksentscheid über die sechsjährige Grundschulzeit - aber auch in Hamburg dazu kommen.

In Rheinland-Pfalz gibt es neben dem Gymnasium eine 'Realschule plus', an der Abitur gemacht werden kann. In Mecklenburg-Vorpommern wurde bereits für die Klassen fünf und sechs gemeinsames Lernen verwirklicht - durch eine Orientierungsstufe. Die Jamaika-Koalition im Saarland will die Grundschulzeit auf fünf Jahre verlängern, bietet zugleich aber eine 'Verfassungsgarantie' für den Erhalt des grundständigen Gymnasiums. Selbst im konservativ regierten Hessen soll es von 2011/12 an eine Neuerung geben: die Mittelstufenschule, bei der von der siebten Klasse an das nach wie vor dreigliedrige System greift.

Im Süden und Südwesten, wo man an der Dreigliedrigkeit festhält, reagiert man vor allem auf die Kritik an den Hauptschulen, deren Beiname 'Restschule' mittlerweile in der Öffentlichkeit fest verankert zu sein scheint. Baden-Württemberg baut sie derzeit teilweise zu Werkrealschulen um. Von der fünften Klasse an sollen diese dann zum mittleren Bildungsabschluss führen. Kritiker halten das für Etikettenschwindel, zudem würden nicht umgewandelte Hauptschulen endgültig ausbluten. Und Bayern bastelt sich aus Hauptschulen sogenannte Mittelschulen. 'Da kommt in den Ferien der Hausmeister und tauscht das Klingelschild aus', hat der Bayerische Lehrerverband kürzlich gespottet.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.164, Dienstag, den 20. Juli 2010 , Seite 5

Allein in schwerer See

Nach der Niederlage ändert der Senat seine Reformpläne

Hamburg - Nein, Christa Goetsch sitzt an diesem Montagmorgen nicht allein im Hamburger Rathaus. Zwar fehlt an der Seite der Zweiten Hamburger Bürgermeisterin der Erste Bürgermeister. Ole von Beust war für diese Pressekonferenz am Morgen nach dem schweren Schlag zunächst angekündigt worden. Dann aber kam sein Rücktritt und bald darauf die Mitteilung, dass er nicht an der Seite von Goetsch erklären wird, wie es nach der gemeinsamen Niederlage im Volksentscheid mit den Hamburger Schulen weitergehen wird. Er ist zwar noch im Amt, aber doch weg, an diesem Morgen bei der Kanzlerin in Berlin, die seine Präsenz dringender braucht.

Goetsch aber braucht jetzt auch jemanden an ihrer Seite. Das Fiasko beim Volksentscheid hat sie getroffen, sie hat als Schulsenatorin zwei Jahre lang all ihre Energie in dieses Projekt gesteckt. Ihrer Stimme ist die Verwundung anzuhören. Als Ersatz für Ole von Beust hat die schwarz-grüne Koalition sogar gleich drei Politiker aufgeboten, den Fraktionschef der Grünen, Jens Kerstan, den Partei- und Fraktionschef der CDU, Frank Schira, und einen seiner Stellvertreter. Schira und Kerstan wirken nun, als ob sie besonders drängende Fragen am liebsten fürsorglich für Goetsch beantworten möchten. Als die Senatorin nach persönlichen Konsequenzen gefragt wird, antwortet der CDU-Mann, dass es zwar mit der streitbaren Senatorin 'nicht immer einfach gewesen ist' für die Christdemokraten, dass aber an einen Rücktritt nicht zu denken sei. Sie habe ausgezeichnete Arbeit gemacht.

Dann spricht die Senatorin selbst, sie will es 'mal norddeutsch ausdrücken' und sagt, der Senat befinde sich in schwerer See. 'Da kann man nicht einfach das Schiff verlassen.' Sie müsse dafür sorgen, dass es wieder an Land komme. Da lachen die Journalisten. Eine Reporterin will wissen, ob das eine Spitze gegen den Herrn von Beust sei. Goetsch weicht aus, sie habe nur eine Frage beantwortet. Später räumt sie ein, dass sie sich 'für diesen Rücktritt sicherlich einen anderen Zeitpunkt gewünscht hätte'.

Goetsch will, nach der 'sehr, sehr enttäuschenden Niederlage', weitermachen und zählt ein ganzes Paket von Aufgaben auf, die jetzt in der Schulpolitik umzusetzen seien. Tatsächlich gekippt ist demnach nur die Primarschule, das längere gemeinsame Lernen bis Klasse sechs. Alle Koalitionspolitiker versichern, dass sie den Ausgang des Volksentscheids auf jeden Fall respektieren werden und es keinen neuen Anlauf geben wird. Man müsse nun 'überplanen', sagt Goetsch, die Schulstruktur soll neu sortiert werden. Dabei wird es sogar Primarschulen geben, denn 23 sogenannte Starterschulen haben in Hamburg bereits freiwillig mit dem längeren gemeinsamen Lernen begonnen. 'Da stecken viel konzeptionelle Arbeit und Herzblut drin', sagt Goetsch. Diese Schulen haben eine Bestandsgarantie.

Ansonsten aber werden die Hamburger Schüler künftig wie bisher nach der vierten Klasse entweder aufs Gymnasium oder eine der neugegründeten Stadtteilschulen gehen. Das entspricht den Vorstellungen der Volksinitiative gegen die Schulreform. So hatte es die CDU übrigens auch schon zu Zeiten ihrer Alleinregierung vor der schwarz-grünen Koalition geplant. Auf 51 Stadtteilschulen, die zum Teil durch Fusionen von

Haupt- und Realschulen entstanden sind, können die Schüler drei verschiedene Abschlüsse, vom Hauptschulabschluss bis hin zum Abitur, erreichen.

Definitiv umgesetzt werden Elemente der von Goetsch entwickelten Schulreform, die nie strittig waren. Die Klassenfrequenzen sollen - wie versprochen - gesenkt werden. Das bedeutet, dass die Zahl der Schüler in den Klassen auf 23, in sozialen Brennpunkten auf 19 begrenzt wird - allerdings nur in der Grundschule, also bis zur vierten und nicht wie geplant bis zur sechsten Klasse. Auch soll der sogenannte individualisierte Unterricht eingeführt werden, mit ihm sollen Schüler nach für sie persönlich entworfenen Lehrplänen gezielt entsprechend ihrer Begabungen und Schwächen gefördert werden. Goetsch nennt es 'die innere Schulreform'.

Weil Baukosten für die Einrichtung der Primarschulen wegfallen, könnten sogar einige Millionen im Etat der Behörde frei werden. Doch diese Frage sei, so erklärte Goetsch, noch nicht zu beantworten.

Jens Schneider

Bildungsrepublik Deutschland

■ traditionell ohne Hauptschule	■ Hauptschule als eigenständige Schulform abgeschafft	■ Kooperation von Haupt- und Realschulen an einzelnen Standorten	■ Dauer der Grundschule	► Letztes Wort beim Übertritt von der Grundschule aufs Gymnasium...
Bremen ■ 4 Jahre ► Eltern Alle Parteien stützen das Zwei-Säulen-Modell: Neben Gymnasien gibt es Oberschulen , die auch bis zum Abitur führen können.	Schleswig-Holstein ■ 4 Jahre ► Eltern Haupt- und Realschulen gehen in der Regionalschule auf. Daneben gibt es außer dem Gymnasium Gemeinschaftsschulen (ehemals Gesamtschulen).	Hamburg ■ 4 Jahre ► Eltern Die sechsjährigen Primarschulen wurden im Volksentscheid abgelehnt. Dennoch: künftig einheitliche Stadtteilschulen , parallel zum Gymnasium.	Mecklenburg-Vorpommern ■ 4 + 2 Jahre ► Eltern Regionalschulen vereinen Haupt- und Realschule, daneben gibt es Gesamtschulen und Gymnasien. Gemeinsame Orientierungsstufen 5 und 6.	
Niedersachsen ■ 4 Jahre ► Eltern Das dreigliedrige System wird verteidigt, neue Gesamtschulen dürfen gegründet werden, die Bedingungen sind aber schwer zu erfüllen.				Brandenburg ■ 6 Jahre ► Lehrer/Noten Neben dem Gymnasium gibt es die Oberschule , das Abitur vergeben nur Gymnasien und Gesamtschulen.
Nordrhein-Westfalen ■ 4 Jahre ► Eltern Haupt- und Realschulen können derzeit als Verbundschulen unter einem Dach kooperieren. Rot-grün plant nun Gemeinschaftsschulen ab der 5. Klasse.				Berlin ■ 6 Jahre ► Eltern Haupt-, Real- und Gesamtschulen fusionieren zum kommenden Schuljahr zu Sekundarschulen . Dort ist auch das Abitur möglich.
Hessen ■ 4 Jahre ► Eltern Das mehrgliedrige System soll erhalten bleiben. Traditionell gibt es viele Gesamtschulen . In der Mittelstufe ist ab 2011/12 ein Abrücken vom gegliederten System geplant.	Sachsen-Anhalt ■ 4 Jahre ► Lehrer/Noten Im Zwei-Säulen-Modell gibt es neben dem Gymnasium die Sekundarschule . Dort besuchen Schüler von der 7. Klasse an Haupt- und Realschulklassen.			
Rheinland-Pfalz ■ 4 Jahre ► Eltern Im Zwei-Säulen-Modell gibt es neben dem Gymnasium die Realschule plus , an denen teilweise auch die Hochschulreife erworben werden kann.	Sachsen ■ 4 Jahre ► Lehrer/Noten Pisa-Sieger Sachsen sieht keinen Grund für Reformen, es gibt neben dem Gymnasium die Mittelschule , die von der 7. Klasse an nach Leistung differenziert.			
Saarland ■ 5 Jahre (geplant) ► Eltern Haupt- und Realschulen wurden zur Erweiterten Realschule zusammengelegt. Sie sollen Gemeinschaftsschulen werden, in denen die Kinder möglichst lange gemeinsam lernen.	Thüringen ■ 4 Jahre ► Lehrer/Noten Die Regelschule vereint Haupt- und Realschule, von der 7. Klasse an gibt es teilweise getrennten Unterricht. Geplant sind Gemeinschaftsschulen , in denen bis zur 8. Klasse gemeinsam unterrichtet wird.			
Baden-Württemberg ■ 4 Jahre ► Lehrer/Noten Die Hauptschule wird zur Werkrealschule umgebaut, die mit Berufsschulen kooperiert und auch bis zur mittleren Reife führt.	Bayern ■ 4 Jahre ► Lehrer/Noten Hauptschulen sollen als Mittelschulen die berufsorientierten Zweige Technik, Wirtschaft und Soziales anbieten und bis zu einem mittleren Abschluss führen.			



SZ-Graphik. Foto opa, Quelle: SZ

SPIEGEL ONLINE, 19.07.2010

Elternrebellen blamieren Senat

Hamburg macht Schule

Von Birger Menke und Ole Reissmann

Es war ein historischer Sonntag für Hamburg, und Ole von Beusts Rückzug hat nur zum kleineren Teil damit zu tun. Wichtiger noch ist: Per Volksentscheid haben die Bürger das Primarschul-Projekt des schwarz-grünen Senats gekippt. Ihr Triumph wird bundesweit Folgen für die Bildungspolitik haben.

Hamburg - Um vier nach zehn knallte im prall gefüllten Kampagnenbüro der Reformgegner der erste Korken. "Auf bessere Zeiten", sagte ein Mann mit goldener Brille und weißer Hose. Daneben kreischten zwei gut gebräunte Frauen in sportlicher Kleidung vor Begeisterung. Zwischendrin wirbelten herausgeputzte Kinder mit großen Transparenten.

Die Gegner der Primarschule feiern: Sie haben den Volksentscheid am Sonntag gewonnen. 276.304 Bürger stimmten gegen die sechsjährige Primarschule, für die Pläne des Senats votierten nur 218.065 Hamburger. Hamburgs Schüler werden damit wie bisher nach vier und nicht sechs Jahren auf die weiterführende Schule wechseln. Für Hamburg war es ein historischer Abend, war es doch der erste für die Regierung verbindliche Volksentscheid - der gleich gewonnen wurde.

Doch auch an die Debatte vor dem Entscheid werden sich Hamburger noch lange erinnern. Von einer gespaltenen Stadt war oft die Rede: Auf der einen Seite eine Regierung aus CDU und Grünen, deren Schulreform vor allem den von Haus aus benachteiligten Schülern helfen sollte. Auf der anderen Seite Eltern, deren Protest von wohlhabenden Bürgern geschürt wurde, die das Gymnasium mit aller Macht gegen die Reform verteidigten.

Nun stehen die Sieger fest: Die bürgerlichen Protestler konnten ihre Anhänger weit besser mobilisieren als die Reformbefürworter. In den wohlhabenden Stadtteilen war die Wahlbeteiligung zum Teil mehr als doppelt so hoch als in sozial schwachen Bezirken.

Bei einigen CDU-Mitgliedern wird sich die Trauer am Sonntag in Grenzen halten. Auf Seiten der Verlierer ist das Ergebnis vor allem für eine Frau ein Desaster: Für Hamburgs Schulsenatorin Christa Goetsch (Grüne). Während unter den Reformgegnern getrunken und gekreischt wurde, sagte sie am Sonntagabend mit brüchiger Stimme: "Das ist bitter und enttäuschend". Sie war zu ihren Unterstützern gekommen, die Feier sollte in einem linksalternativen Kulturzentrum steigen - doch die Party blieb aus.

Goetsch hatte 2008 bei den Koalitionsverhandlungen die Primarschule durchgedrückt, sie hatte Ole von Beust vom längeren gemeinsamen Lernen überzeugt, sie setzte sich schon lange vor ihrer Zeit als Senatorin dafür ein. Stadtteilschulen, kleinere Klassen, mehr Lehrer - all das hing vom Volksentscheid nicht ab - doch die Primarschule hatte sie immer schon als Kern der Reform bezeichnet.

Sie hatte zuletzt versichert, dass sie unabhängig vom Ergebnis des Volksentscheids im Amt bleiben werde. Doch nun steht ihr zum einen ein Koalitionspartner gegenüber, an dessen Spitze ihr Unterstützer künftig fehlen wird. Ole von Beust hatte mit einer leidenschaftlichen Rede die CDU hinter die Reform gewuchtet. Bei einigen Fraktionsmitgliedern wird sich die Trauer am Sonntagabend in Grenzen gehalten haben.

Wer das Gymnasium nur anfasst, wird abgewatscht

Zudem steht Goetsch bevor, ein ihr widerstrebendes Schulsystem einzuführen. Sie muss einer Behörde vorstehen, in deren Schulen sich nicht wenige Schulleiter und Lehrer tummeln, die ihre Stimme gegen Goetschs Projekt gegeben haben. Doch wie auch immer die Senatorin sich verhalten wird: Der Volksentscheid brüllt eine bildungspolitische Botschaft in die gesamte Republik. Das Knallen und Kreischen im Kampagnenbüro der Hamburger Reformgegner wird einen Nachhall haben. Bisher galt es als ungeschriebenes Gesetz unter Bildungspolitikern: Wer das Gymnasium absetzt, wird abgewählt. Der zwei Jahre dauernde Streit, der in Hamburg getobt hat, und sein Ausgang schreiben das Gesetz nun neu: Wer das Gymnasium nur anfasst, wird abgewatscht.

Das werden die Kultusminister quer durch die Republik mit Bedauern oder Genugtuung vernommen haben, je nachdem, ob sie etwa in Berlin oder Bayern sitzen. Doch für drei Länder ist die Signalwirkung des Volksentscheids aktuell besonders groß: für das Saarland, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen.

Denn im Saarland hat die Koalition aus CDU, FDP und Grünen jüngst ihre Pläne für eine Schulreform vorgestellt. Einer der Kernpunkte: Die Verlängerung der Grundschule um eine Klassenstufe. Vor allem die FDP gilt nicht als glühender Anhänger der Reform, sie könnte nun warnend nach Hamburg zeigen. Schließlich schwelt der Protest schon vor der eigenen Haustür: Die Landeselternvertretungen aller Schulformen erklärten im Juni, dass sie die Verlängerung der Grundschule auf fünf Jahre ablehnen.

So ließ Patrick Meinhardt, bundespolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, gleich am Sonntagabend wissen: "Dieser mutige Volksentscheid der Hansestadt hat auch seine bundespolitische Bedeutung".

In NRW zeigte man vorauseilenden Gehorsam - und wird sich bestätigt fühlen

Es könnte also rumoren in der Jamaika-Koalition, ist die Reform doch ohnehin riskant: Als einziges Bundesland hat das Saarland die Schulformen in der Verfassung festgeschrieben, die also für die Reform geändert werden muss. Dazu bedarf es einer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament und die kann nur mit Stimmen aus der Opposition erreicht werden. Ein Scheitern wäre eine bittere Schlappe für die erste Koalition aus schwarz-gelb-grün.

In Nordrhein-Westfalen werden sich Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) und Bildungsministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) sagen: "Siehste". Dort regiert seit kurzem mit Rot-Grün eine Minderheitsregierung, deren Zusammensetzung eigentlich jedem Artenschützer des Gymnasiums Angst einjagen müsste: Die Überraschung wäre nicht sonderlich groß gewesen, hätten sie eine Verlängerung der Grundschulzeit angekündigt.

Doch so kam es nicht. In ihrem Koalitionsvertrag steht nichts dergleichen. Zum einen hätten der Minderheitsregierung für längeres gemeinsames Lernen oder die

flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen die Stimmen gefehlt. Zum anderen hatten die Wortführer der Eltern aber auch unmissverständlich klar gemacht, was es bedeutet hätte, wäre ein neues Schulsystem von oben verordnet worden: Der Elternverein hatte das Konzept der Gemeinschaftsschule bereits im vergangenen Jahr als "dämmliches Gerede" der Grünen abgetan.

Insofern ist es auch Ausdruck eines vorausseilenden Gehorsams, dass nun dezentral vor Ort entschieden werden soll, welche Schulform jeweils den Zuschlag erhält. Dabei sollen die Wünsche der Kommunen und der Lehrer berücksichtigt werden - und die der Eltern.

Niedersächsische Elternrebelln haben sich schon auf den Weg gemacht

Auch Niedersachsens Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) wird aus dem Erfolg der Bürgerinitiative seine Schlüsse ziehen - allerdings aus ganz eigenen Gründen: In seinem Land stehen das dreigliedrige Schulsystem und die vierjährige Grundschule außer Frage. Zumindest wenn es nach den Politikern geht. Doch eine Elterninitiative hat sich auf den Weg gemacht, das zu ändern.

Auch sie setzt sich für das Gymnasium ein: Es soll um eine Klassenstufe aufgestockt werden, indem das Abitur wieder nach Klasse 13 und nicht 12 abgenommen wird. Aber sie engagiert sich ebenso für das längere gemeinsame Lernen: Sie will die Mindestanforderungen für die Gründung von Gesamtschulen herabsetzen, damit Kommunen auf den Schülerschwund und das damit einhergehende Sterben der aufgefächerten Schulformen besser reagieren können.

Das "Volksbegehren für eine bessere Schule" startete im November - am Ende könnte auch in Niedersachsen das Schulgesetz per Volksentscheid umgeschrieben werden. Für die Eltern werden die knallenden Korken in Hamburg eine Motivation sein, auch wenn sie andere Ziele verfolgen. Für Minister Althusmann ist es eine Warnung: Leg dich nicht mit Eltern an.

© Frankfurter Rundschau online.de 2010

Dokument erstellt am 19.07.2010, Erscheinungsdatum 19.07.2010 | Ausgabe: d
Leitartikel

Die Entzauberung

Von Stephan Hebel

Was werden sie wohl in Volksdorf sagen! Wie werden sie reagieren am Walddörfer-Gymnasium, wo Ole von Beust im Jahre 1973 sein Abitur machte? Der Stadtteil Volksdorf, lesen wir beim Surfen im "Hamburg-Net", "gilt als Inbegriff des ländlich idyllischen Lebens in Hamburg"; denn "die schmucken Einfamilienhäuser und Villen schmiegen sich in die Wälder und Wiesen und bieten gerade jungen Familien einen unbeschwerten Lebensstil". Politisch gesehen: ein Traumort für den gehobenen Teil der schwarz-grünen Klientel.

Was also werden sie sagen über Ole von Beust? Die einen werden klagen: Das hat er bei uns nicht gelernt! Erst die Kinder für sechs Jahre in die Einheitsschule zwingen wollen und dann aus der Verantwortung fliehen! Die anderen könnten hadern mit dem Scheitern der sechsjährigen Primarschule: Einfamilienhäuser hin, Villen her, für mehr Integration und Chancengleichheit kann man auch in Volksdorf sein.

Wie die Mehrheiten liegen, wissen wir seit Sonntagabend. Wenn es zur Sache, also um die eigenen Kinder und Kindeskinde geht, dann stößt die Reformfreude des modernen, schwarz-grünen Bürgertums auch in der Bürgerstadt Hamburg an Grenzen. Und mit ihr die politischen Schwarz-Grün-Fantasien, die in Teilen der beteiligten Parteien und in großen Hamburger Redaktionen so gern gepflegt wurden.

Die Volksabstimmung bedeutet zuallererst das Scheitern eines dringend notwendigen und im Prinzip richtigen Projekts. Mit Unterstützung aller anderen Parlamentsfraktionen machten CDU und Grüne - genauer: der reformfähige Teil der CDU und der kompromissbereite Flügel der Grünen - aus einer verbreiteten Erkenntnis konkrete Politik. Sie lautet, x-fach belegt: Das frühe Verteilen der Kinder auf unterschiedliche Schulen mag den kurzfristigen, kurzfristigen Interessen der Wohlhabenden und Gebildeten dienen; denn es schreibt ihren Chancenvorsprung fort. Dem langfristigen Interesse der Gesellschaft, auch der "guten Gesellschaft", dient es nicht; denn es verschärft die Konflikte mit den Ausgeschlossenen auf eine Weise, die alle zu spüren bekommen werden.

Dieses traurige Ergebnis sollte man nicht zuerst den Initiatoren des Volksentscheids verübeln. Nicht alle von ihnen - und erst recht nicht alle Neinsager bei der Abstimmung - sind Ideologen. Viele bangten wohl schlicht um die glücklichen Umstände des eigenen Lebens. Das ist bildungspolitisch fatal, aber menschlich verständlich. Dass sie uns eine zweite Botschaft vermittelten, ist sogar zu begrüßen: Die Mehrheit hat die Grenzen schwarz-grüner Träume aufgezeigt.

Es ist ja richtig, dass die Schnittmengen zwischen Schwarz und Grün (und ihren Zielgruppen) in den vergangenen Jahren gewachsen sind. Haben aufgeklärte Konservative die Vielfalt der Lebensweisen und die Umwelt entdeckt, so haben die Ökosozialen längst gelernt, ihren Wohlstand zu genießen und zu verteidigen.

"Schwarz-Grün" gibt es also, auch in der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Aber die Schnittmengen reichen nicht mal bis an die Ränder der beiden Koalitionsparteien. Das "neue" Bürgertum hat am Sonntag, vor allem in der CDU, gegen das "alte" verloren. Modernität und Reform sind vielleicht auf dem Straßenfest mehrheitsfähig, aber nicht in der Wählerschaft der Union.

Das sollten auch die Grünen zur Kenntnis nehmen. Ihr Versuch, die CDU auf die liberalere Seite zu ziehen und damit zum Partner mit Perspektive zu machen, ist genauso gescheitert wie die sechsjährige Primarschule. Sie haben die Modernisierung der Union gewaltig überschätzt. Ausgerechnet das von ihnen zu Recht geschätzte und betriebene Mittel, der Volksentscheid, hat ihnen gezeigt: Was an der Spitze einer großstädtischen CDU noch gehen mag, das endet spätestens dann, wenn die Basis in geheimer Wahl mitreden darf.

Wer also ein Bildungssystem will, das auch diejenigen mit den schlechtesten Startchancen mitnimmt; wer einer kulturell vielfältigen und sozial angespannten Gesellschaft mit echten Reformen gerecht werden will - der muss sich Mehrheiten suchen, die dazu wirklich entschlossen sind. Das ist keine Garantie, dass es nicht schiefgeht. Aber die Startvoraussetzungen sind schon mal besser, wenn wenigstens die beteiligten Parteien (und hoffentlich auch ihre Basis) gemeinsam Veränderung wollen. Wie viel dagegen die schwarz-grünen Träume mit der Wirklichkeit zu tun haben, hat diese Abstimmung gezeigt: Wenn es zum Schwur kommt, so gut wie nichts.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, 19.07.2010.

Schulreformen

Die neue Hambürgerlichkeit

Der Kampf gegen die Schulreform hat in Hamburg Eltern, ganz gleich welcher sozialen Schicht und welcher Parteizugehörigkeit, zu einer bürgerlichen Volksbewegung zusammengeschweißt. Das könnte reformbegeisterten Regierungen in anderen Bundesländern ein warnendes Beispiel sein.

Von Heike Schmoll, Berlin

19. Juli 2010 „Die Pressekonferenz am 19. Juli um 11.00 Uhr zur Schulreform findet ohne Bürgermeister Ole von Beust statt“, lautete die knappe Mitteilung nach dem Volksentscheid an die Pressevertreter. Der Erste Bürgermeister der Stadt, von Beust, war zweifelsohne der gelehrigste Schüler seiner Schulsenatorin Christa Goetsch – er nutzte jede Gelegenheit, um Goetsch für die Verlängerung der Primarschule auf sechs Jahre zu werben.

Als das Resultat des Volksentscheids bekanntgegeben wurde, war von Beust aber schon zurückgetreten, Frau Goetsch blieb mit ihrer Enttäuschung allein. „Das Ergebnis ist bitter für alle, die ihre Hoffnungen in das längere gemeinsame Lernen gesetzt haben. Wir sind sehr enttäuscht, dass wir nicht genügend Menschen von der Primarschule überzeugen konnten“, sagte sie noch am Sonntagabend.

Das gilt umso mehr, als der Senat immerhin 200 000 Euro aus Steuermitteln für die Werbung ausgegeben hatte, um die gesamte Stadt mit Plakaten zu pflastern. Ein Radiospot der gegnerischen Volksinitiative „Wir wollen lernen“ wurde rechtzeitig verboten.

Zu Werbeveranstaltungen zwangsverpflichtet

Einer Lehrerin, die sich während der Streitphase bewarb, wurde einen Tag vor dem Vorstellungsgespräch beim Lehrerkollegium bedeutet, dass man mit Vorbehalten gegenüber der Reform „das neue Denken nicht hinkriegt“. Wer A15 bekomme, müsse schließlich wissen, dass er das Geld dafür erhalte, die vorgegebenen Beschlüsse auszuführen. Die Schulen waren zu Werbeveranstaltungen zwangsverpflichtet worden. Auf dem Weg zum Volksentscheid hatte die 2008 gegründete Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ gegen erheblich größeren Widerstand zu kämpfen als beim erfolgreichen Volksbegehren im November des vergangenen Jahres. Durch Spenden hatte sie in den vergangenen zwei Jahren etwa 240.000 Euro eingenommen.

Emotionaler und elektronischer Wahlkampf

Walter Scheuerl und seinen Mitkämpfern ist es gelungen, die Hamburger zu mobilisieren, auch wenn der Termin des Volksentscheids denkbar ungünstig in die Schulferienzeit fiel. Auf die Briefwähler war offensichtlich Verlass, sonst wäre wegen der schleppenden Wahlbeteiligung am Sonntag womöglich das nötige Quorum verfehlt worden.

„Wir sind aufgrund des Feedbacks auf der Straße davon überzeugt, dass wir unter denen, die abstimmen, die Mehrheit haben“, so berichtete einer der beteiligten Anwälte noch in der vergangenen Woche.

Die noch nicht in den Urlaub aufgebrochenen Mitstreiter der Initiative haben bis zuletzt gekämpft und sich elektronisch verständigt. Sie sind noch einmal auf die Märkte und in die Bahnhöfe aller Stadtteile gegangen und haben 600.000 Flugblätter verteilt. Fast die Hälfte aller Hamburger Briefkästen wurde nur durch freiwillige Helfer erreicht.

Eine bürgerliche Volksbewegung

An einem der Bahnhöfe wurde eine Mitstreiterin vom ehemaligen Hamburger Bürgermeister Dohnanyi (SPD) und seiner Frau angegangen und regelrecht angeschrien. Dohnanyi war im Unterschied zu seinem Nachfolger Henning Voscherau (SPD) für die Verlängerung der Primarschule gewesen.

Der Kampf gegen die Schulreform hat die Eltern schulpflichtiger Kinder, ganz gleich welcher sozialen Schicht und welcher Parteizugehörigkeit, zusammengeschweißt. Es ist eine bürgerliche Volksbewegung entstanden wie es sie schon lange nicht mehr gegeben hat. Getragen wurde sie von Menschen, die sich überwinden mussten, Wildfremde anzusprechen.

Der Pakt aller Parteien in der Bürgerschaft für eine Schulreform ist zumindest mit Blick auf die verlängerte Grundschulzeit seit Sonntag Makulatur. Er scheint die Motivation der Reformgegner eher noch zusätzlich angefeuert zu haben. An der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen zu sogenannten Stadtteilschulen, die eine Mittlere Reife, aber auch ein Abitur nach 13 Jahren vergeben können, hatten die Hamburger Eltern keine Zweifel. Sie wird durch den Volksentscheid nicht berührt und auch von Bildungsforschern für sinnvoll gehalten. Das gilt allerdings nur dann, wenn die Eltern weiterhin die Wahlfreiheit haben, die ihnen die Bürgerschaft freilich nehmen wollte. Auch das ist durch den Volksentscheid verhindert worden.

Es geht den Eltern, die gegen die sechsjährige Primarschule sind, nicht darum, dass die Kinder einer Bildungselite nicht mit Migrantenkindern gemeinsam lernen sollen.

Vielmehr geht es ihnen um die Erhaltung des Gymnasiums. Ein sechsjähriger Gymnasialtorso muss ihrer Ansicht nach als Profilgymnasium für Musik, Sport, Naturwissenschaften oder alte Sprachen scheitern, zumal der Lateinunterricht an die fünfte und sechste Klasse der Grundschule delegiert werden sollte. Dabei haben die Kenntnisse der Hamburger Schüler die Stärke der dortigen Gymnasien belegt; in Englisch (Hörverstehen) gehören die Hamburger zur Spitze und folgen unmittelbar auf die Bayern, wie der Bundesländervergleich der Neuntklässler vor kurzem gezeigt hat. Schon vor den Sommerferien hatte der Senat Container aufstellen lassen, um die Abtrennung der fünften und sechsten Klassen von den Gymnasien auch räumlich zu bewältigen. Im Zweifel hätten die Containerklassen allerdings häufig hitzefrei bekommen, weil die Temperaturen im Sommer wohl unerträglich gewesen wären. Die Umbau- und Ausbaupläne für die Grundschulen müssen nun gestoppt werden. Die Kosten dafür könnten, so schlägt es die Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ vor, sinnvoller angelegt werden. Denn die Grundschulen werden nun weiter von der ersten bis vierten Klasse geführt, nur die Starterschulen mit sechs Klassen müssen entscheiden, ob sie als Schulversuch weiter unterrichten wollen.

Die neuen Stadtteilschulen werden mit der fünften Klasse beginnen, die Gymnasien ebenfalls. Das neue Hamburger Schulgesetz muss umgeschrieben werden, um die Bildungspläne wieder auf die Jahrgangsstufen fünf und sechs an den beiden weiterführenden Schulformen aufzuteilen. Die pädagogischen Inhalte des geänderten

Schulgesetzes sind durch den Volksentscheid nicht berührt und erfüllen unter dem Schlagwort „neue Lernkultur“, was andere Länder auch beabsichtigen: eine „neue Lernkultur“ mit „kompetenzorientiertem individualisiertem Lernen“.

DER TAGESSPIEGEL,

20.07.2010 Bildungspolitik

Eine Schulreform geht nur mit den Eltern

Die Schulreformer haben in Hamburg eine herbe Niederlage erlitten. Was bedeutet der Ausgang des Volksentscheids für die Bildungspolitik in anderen Bundesländern?

Von Sabine Beikler, Amory Burchard, Jürgen Zurheide |

Das Nein zur Primarschule bedeutet vor allem eines: Wer das Gymnasium antastet, verbrennt sich die Finger. Eine Verlängerung der Grundschulzeit um zwei Jahre zulasten der Lernzeit am Gymnasium war nicht durchzusetzen. Am Tag nach der Hamburger Entscheidung sind sich Reformbefürworter einig, dass dies keineswegs das Aus für Vorhaben bedeutet, die das Gymnasium in seinem Kern erhalten. In Hamburg berührte das Volksbegehren nicht die Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu einer neuen Schulform, der Stadtteilschule. Die wird kommen. Die weitgehende Hamburger Einigkeit in dieser Frage spiegelt Realitäten bundesweit. In Ostdeutschland gibt es nach der Grundschule ohnehin flächendeckend nur noch zwei Schularten: eine Sekundarschule (auch Mittel- oder Oberschule genannt) und das Gymnasium. Aber auch in den alten Bundesländern geht der Trend zu einer solchen Strukturreform. Die Zweigliedrigkeit ist schon aus demografischen Gründen geboten: In Flächenstaaten können viele Kommunen aufgrund der sinkenden Schülerzahlen nicht mehr Haupt- und Realschulen und Gymnasien parallel aufrechterhalten. In Großstädten und Stadtstaaten geht es in erster Linie um die Abschaffung der Hauptschule, die ihren Schülern keine Zukunftsperspektive mehr bietet.

Sekundar- und Gemeinschaftsschule in Berlin, die Oberschule in Bremen: Wo die neuen, integrierten Schularten nach dem Sommer starten sollen, werden sie auch nach der Hamburger Entscheidung nicht infrage gestellt. Im Saarland will Bildungsminister Klaus Kessler (Grüne) seine Reform mit fünfjähriger Grundschule, Gemeinschaftsschule und Gymnasium in den kommenden Monaten breit mit allen Betroffenen diskutieren. Jedenfalls werde er keine Reform gegen den Willen der Eltern durchsetzen, hatte er erklärt.

Nordrhein-Westfalens neue Schulministerin Sylvia Löhrmann beeilte sich am Montag festzustellen, dass NRW nicht Hamburg sei. „Wir setzen auf Freiwilligkeit und den regionalen Konsens“, sagt die Grüne. Aus allen Landesteilen höre sie Wünsche für Zusammenschlüsse von Schulen. In der Tat setzt Rot-Grün im größten Bundesland nicht auf eine Schule für alle. In den Koalitionsgesprächen haben SPD und Grüne vereinbart, längeres gemeinsames Lernen nicht flächendeckend verbindlich einzuführen, sondern die Kommunen entscheiden zu lassen. Für die Opposition ist das nicht akzeptabel. Die CDU sieht die Einheitlichkeit des Schulsystems gefährdet, die FDP kündigt Widerstand an. Deren Fraktionschef Gerhard Papke nennt die Hamburger Entscheidung eine „unüberhörbare Warnung an die Linksregierung“ in Düsseldorf und erinnert an ein erfolgreiches Volksbegehren gegen die „Kooperative Gesamtschule“, in

der die sozialliberale Landesregierung 1978 alle Sekundarschulen zusammenführen wollte.

Auch Thüringen setzt auf Freiwilligkeit, sie nimmt der dort geplanten radikalen Reform die Spitze. An sieben Schulen beginnen nach den Ferien Vorbereitungen für ihre Umwandlung in Gemeinschaftsschulen, an denen die Schüler künftig nach der weitestgehenden Variante von der 1. bis zur 12. Klasse gemeinsam lernen sollen. Bevor ein Modellversuch startet, müssen sich Schüler, Eltern, Lehrer und Schulträger einig sein; Grundschulen, die integrierten Regelschulen und Gymnasien bleiben erhalten.

Das Prinzip der Freiwilligkeit macht es in Hamburg sogar möglich, dass dort trotz des Neins der Bürger erste „Primarschulen“ entstehen: Nach den Ferien eröffnen 23 „Starterschulen“ eine 5. Klasse. Sie hätten sich im Konsens mit den Eltern bereits darauf vorbereitet, durch das Volksbegehren ändere sich zunächst nichts, heißt es aus der Schulbehörde. Voraussichtlich könnten die Starterschulen als freiwillige Schulversuche weitergeführt werden.

Freiheit für Schulversuche fordern auch die Grünen in Baden-Württemberg. Sinnvoll sei allein eine „Schulreform von unten nach oben“, sagt der Fraktionsvorsitzende im Landtag, Winfried Kretschmann. Seine Partei macht sich für eine „Basisschule“ stark, in der die Schüler von der 5. bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen. 60 Schulen hätten im vergangenen Schuljahr einen solchen Versuch beantragt, die CDU-FDP-Regierung habe aber alle abgeblockt, klagt Kretschmann.

Aufwind verspüren dagegen Gegner des Abiturs nach zwölf Jahren. „Das Signal aus Hamburg lautet: Der Aufstand der Eltern ist möglich“, sagt Andreas Henze von der Initiative „Volksbegehren für gute Schulen“ in Niedersachsen. Der erfolgreiche Hamburger Widerstand helfe da sehr. Die Elternaktivisten wenden sich gegen „G 8“, sie wollen, dass die Schulzeit am Gymnasium wieder verlängert wird und fordern den Ausbau der Gesamtschulen.

Ein für alle Mal genug von der zersplitterten Bildungslandschaft scheint die Berliner SPD zu haben. So spricht sich Parteichef Michael Müller für eine Bildungspolitik auf Bundesebene aus: „Der Bildungsföderalismus ist eine Katastrophe.“ Damit würden nur „politische Eitelkeiten“ befördert. Stattdessen müsse der Bund auf einheitliche Standards achten und etwa gebührenfreie Kitas oder Ganztagschulen finanzieren. Eine zentrale Bildungspolitik bedeute aber auch, dass die Länder Kompetenzen abgeben müssten. „Darüber brauchen wir einen vernünftigen Dialog zwischen Ländern und dem Bund.“ Eine Verbündete scheint Müller dabei zu haben:

Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) mahnte am Montag, das Schulsystem dürfe nicht als „Flickenteppich“ enden. Es müsse mehr Vergleichbarkeit auch bei Schulabschlüssen geben.

ZEIT ONLINE

Was nach dem Schulreferendum kommt

Von Parvin Sadigh Datum 19.7.2010

Die Primarschule wird es nicht geben. Aber die Reform ist noch nicht gescheitert. Auch mit individualisiertem Lernen und der Stadtteilschule kann Ungerechtigkeit gemildert werden.

Nach all der Aufregung um das Schulreferendum fragt man sich nun, wie es weiter geht in Hamburg. Wird die Schule in der Hansestadt bleiben wie eh und je und auch die Reformen in anderen Bundesländern verhindern? Keine Perspektive auf Veränderung ungerechter Strukturen?

Dazu muss man sich noch einmal anschauen, worum es eigentlich ging: Um Kinder, die zwei Jahre länger im selben Schulgebäude mit den alten Klassenkameraden gemeinsam lernen sollten, statt schon nach der vierten Klasse in eine neue Schule zu wechseln. Zwei Jahre weniger Latein auf den altsprachlichen Gymnasien, zwei Jahre Schonfrist vor dem Aussortieren für die Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen. Sie hätten ein wenig Zeit gewonnen, um aufzuholen, was ihnen nicht in die Wiege gelegt wurde. Schade, dass es so nicht gekommen ist – aber es sind nur zwei Jahre. Die umstrittene Abschaffung des Elternwahlrechts war lange vor der Abstimmung schon vom Tisch.

Das Scheitern der Primarschule nach einem derart erbittert geführten Kulturkampf in Hamburg fühlt sich so an, als wäre alles verloren. Und das könnte der eigentliche Verlust sein: dass die Reformer den Mut verlieren könnten, weiter an mehr Gerechtigkeit in Bildungsfragen zu glauben. Die offizielle Website der Schulreform wird aktualisiert, heißt es. Nichts ist dort zu lesen. Dabei kann es jetzt endlich richtig losgehen, auch ohne Ole von Beust, denn an eine Partei ist diese Reform nie gebunden gewesen.

Die Primarschule war nämlich nur ein – vielleicht besonders aufwendiger, aber kleiner – Teil des Gesamtpakets der Reform. Alles andere stand nicht zur Abstimmung. Neue Lehrer werden eingestellt, andere geschult in moderneren Methoden individuellen Lernens. Die Hauptschulen werden abgeschafft und die Stadtteilschule entsteht. Sie soll Schüler in kleineren Klassen beherbergen, besser auf Berufe vorbereiten und kann doch auch all jene zum Abitur führen, die erst spät bemerken, dass sie das Zeug dazu haben (nach 13 anstatt nach 12 Jahren wie auf dem Gymnasium). Auch für die Kleinen stand nicht zur Abstimmung, dass demnächst die Anzahl der Schüler in einer Klasse begrenzt und individualisiert gelernt werden soll. Jedes Kind soll abgeholt werden, wo es steht, die guten helfen den schlechten. Talente lassen sich bei jedem Kind entdecken.

All das kann, wenn die ängstlichen Bürger nicht weitermauern, zum Erfolg führen. Denn auch ohne die zwei Jahre in der Primarschule können Kinder in der Stadtteilschule gemeinsam und ihren eigenen Bedürfnissen und Voraussetzungen entsprechend lernen. Immer vorausgesetzt, dass diese Schule nicht auch vorverurteilt und von den

Bürgerkindern gemieden wird, die weiter um jeden Preis durch das verkürzte achtjährige Gymnasium gepeitscht werden, ob ihnen das gut tut oder nicht. Die Vorteile der Herkunft werden den Kindern aus gebildetem Elternhaus trotzdem überall erhalten bleiben, keine Schule kann ihnen diesen Startvorsprung nehmen. Aber die Nachteile der anderen können ein wenig gemildert werden, wenn der Plan aufgeht. Außerdem könnte es ja passieren, wenn die Ressourcen stimmen und die Lehrer motiviert sind, dass diese Schüler, die Schule nicht so schnell doof finden. Dass sie nicht nur Wissen in sich hineinstopfen, um es schnell wieder zu vergessen, sondern das Lernen lernen. Dass sie sich den Spaß an intellektuellen und sozialen Herausforderungen erhalten. Das nützt nicht nur den Kindern aus sozial schwachen Familien, sondern auch denen der Reformgegner, selbst wenn sie ein paar griechische Phrasen weniger gelernt haben. Außerdem werden diese Schüler, wenn sie wahlberechtigt sind, vielleicht bereit sein, mehr politische Verantwortung zu übernehmen. Beteiligt haben sich am Referendum hauptsächlich jene Hamburger, die in wohlhabenden Vierteln wohnen. Dort wo jene Bürger wohnen, die schlechter gebildet sind, gaben auch nur wenige ihre Stimmzettel ab.

Hamburger Schulreform

Zäune und Wachmannschaften

Von Christian Bangel Datum 18.7.2010 - 23:54

Die Hamburger haben gegen die Schulreform gestimmt. Doch die panische Abgrenzung der Mittelschicht wird das Problem verschärfen. Ein Kommentar von Christian Bangel
Wenn Historiker eines Tages unsere Zeit untersuchen werden, wird ihnen das Ergebnis der heutigen Volksabstimmung eine wertvolle Quelle sein. Das Votum bedeutet nicht nur das vorläufige Aus für das längere gemeinsame Lernen. Es ist auch eine Aussage über die Ängste der Mittelschicht. So unverfälscht bekommt man sie selten zu sehen. Die Hamburger entschieden am Sonntag nicht nach politischer Sympathie oder Antipathie; schließlich schlossen sich alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien dem Reformkonzept an. Sie entschieden im Namen ihrer Kinder. Das macht ihre Aussage so kraftvoll.

Die Reformgegner hatten nicht viele gute Argumente. Nicht umsonst lernen Kinder in allen anderen europäischen Ländern mit Ausnahme Österreichs mindestens bis zur sechsten Klasse zusammen. Die These, Kinder lernten besser, wenn sie unter ihresgleichen seien, ist längst widerlegt. Man kann sogar Bundeskanzlerin werden, ohne in der vierten Klasse gesiebt zu werden. Das angeprangerte Umbauchaos: eine temporäre Erscheinung. Die Behauptung, das Gymnasium werde schleichend abgeschafft – Panikmache.

Doch Argumente brauchten die Initiatoren des Volksentscheids auch nicht. Sie zehrten stattdessen von der latenten Furcht vor lernschwachen, gewaltbereiten Kindern aus sozial schwachen Elternhäusern. Sie schürten die Angst, der Mittelschicht könne ein Refugium zivilisierter Erziehung verloren gehen. Das begann schon beim Duktus der Kampagne. "Wir wollen lernen" lautete der Schlachtruf der Reformgegner. Als wollten das andere Kinder nicht genauso.

Diese Angstmacherei hat wohl verfangen. Überraschend ist das nicht. Seit Jahren zeichnen Politik und Medien das Bild einer Unterschicht mit asozialen Ansichten und Verhaltensweisen, der nur durch Zwang und Bevormundung beizukommen ist. Die darüber Beheimateten verlieren an Selbstgewissheit: Der Jobverlust ist heute nicht mehr nur eine temporäre Unannehmlichkeit, sondern ein Weg zu Hartz IV.

Die bestehende Wahrnehmung der Unterschicht aber verstärkt ihre Isolation. Wir sind auf dem Weg zurück in Zeiten, in denen nicht Leistung galt, sondern Herkunft. Wer das nicht glaubt, soll junge Migranten auf ihre Erfahrungen mit Bewerbungen ansprechen. Soll junge, gebildete Großstadtbewohner fragen, ob sie ihr Kind in den geliebten Stadtteilen Berlin-Neukölln oder Hamburg-St.Pauli zur Schule schicken werden.

Das ist nicht nur ein volkswirtschaftliches Problem, weil vielen klugen Menschen qua Geburt der Aufstieg verwehrt bleibt. Sondern auch ein politisches. Denn wie können wir Loyalität zu Demokratie, Grundgesetz und Marktwirtschaft erwarten, wenn die Gesellschaft ihr Versprechen nicht einhält, sie böte jedem eine Chance?

Die Zahlen, die der Hamburger Landeswahlleiter mitteilte, zeigen, wie tief die Ängste sitzen. Doch wer jetzt Zäune und Wachmannschaften aufstellt, um sich vor dem Pöbel zu schützen, der wird sie bald auch wirklich brauchen.

Wir müssen die abgehängten Schichten zurückholen. Zuallererst in der Bildung. Nicht nur mit Geld. Und es wird nicht reichen, dieses Problem der frühkindlichen Erziehung und gemeinnütziger Hartz-IV-Arbeit zu überlassen. Wenn wir selbst – und die Kinder – nirgendwo mehr den Armen begegnen; wenn wir nur noch aus dem Fernsehen erfahren, was sie denken, dann werden Historiker unsere Zeit einmal als jene kennzeichnen, in der die Rückkehr zum Frühkapitalismus begann.

Hamburger Schulreform:

Primarschule gescheitert, Vernunft hat gesiegt

Von Thomas Kerstan 18. Juli 2010 um 20:31 Uhr

Mit einem Volksentscheid haben die Hamburger das Vorhaben des schwarz-grünen Senats (sowie der SPD und der Linkspartei) durchkreuzt, die Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre zu verlängern und die Grundschulen in Primarschulen umzutaufen. 276.304 Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt (vorläufiges Endergebnis, 18.7., 22:50 Uhr) stimmten für einen dahin gehenden Antrag der Elterninitiative "Wir wollen lernen!", lediglich 218.065 unterstützten den Reformkurs des Senats und der Bürgerschaft, wie Regierung und Parlament in Hamburg heißen. Für ein Gelingen des Volksentscheids, der in Hamburg verbindlich ist, war die Mehrheit der abgegebenen Stimmen nötig, sowie eine Mindeststimmenzahl von 247.335 (ein Fünftel der Wahlberechtigten). Auch das Recht der Eltern bleibt nun erhalten, zu entscheiden, auf welche Schulform ihr Kind nach der Grundschule wechselt.

Damit haben auch bundesweit die Befürworter des „längeren gemeinsamen Lernens“ einen Dämpfer bekommen. Die neue rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen etwa, die dreißig Prozent der Schulen bis 2015 in Gemeinschaftsschulen umwandeln will oder die schwarz-gelb-grüne Regierung des Saarlands, die die Grundschulzeit auf fünf Jahre verlängern will.

Keineswegs ist damit jetzt der Weg für weitere mutige Schulreformen versperrt, nur an übermütige Reformen wird sich so schnell keiner wieder heranwagen.

Auch in Hamburg ist nicht die Schulreform gescheitert, sondern nur eine Übertreibung. Der bedeutendste Teil der Schulreform – für den es einen breiten Konsens in der Stadt gibt – kann nun mit Macht in Angriff genommen werden: Die Vereinigung aller Schulformen neben dem Gymnasium zur sogenannten Stadtteilschule. Damit soll dem Trend entgegengewirkt werden, dass sich insbesondere Hauptschulen zu "Restschulen" entwickeln, in denen sich die schwächsten zehn Prozent der Schülerschaft sammeln und an denen die Kinder kaum etwas lernen. An der Stadtteilschule sollen die Schüler alle Schulabschlüsse ablegen können, die leistungsstarken unter ihnen auch das Abitur – nach 13 Schuljahren, statt nach 12 wie am Gymnasium. Damit die Stadtteilschule sich zu einer attraktiven Alternative zum Gymnasium entwickeln kann, müssen Schulpolitik und Schulverwaltung viel Kraft und Ideen in sie investieren. Gut also, dass das kraftzehrende Primarschulabenteuer nun vom Tisch ist.

Auch andere Maßnahmen, mit denen den schwachen Schülern geholfen werden kann, können nun vorangetrieben werden: Die dringend nötige Sprachförderung schon vor der Schule und begleitend während der gesamten Schulzeit, im Unterricht, am Nachmittag, an den Wochenenden, in den Ferien. Zudem muss verstärkt in die frühkindliche Bildung investiert werden. Alle Bildungsforscher sind sich darin einig, dass dort für die Kinder aus bildungsfernen Schichten am meisten erreicht werden kann. Die Einführung der Primarschule hätte viel Kraft gekostet und Unruhe verbreitet. Vor allem die Gymnasien und ambitionierte weiterführende Schulen hatten um ihre fünften und sechsten Klassen gebangt. Ob die längere gemeinsame Schulzeit von schwächeren und stärkeren Schülern aber mehr Bildungsgerechtigkeit gebracht hätte, wie die Verfechter der Primarschule anführen, wäre vollkommen ungewiss gewesen.

Zwar weisen einige Statistiken vage darauf hin. Aber andere Untersuchungen zeigen, dass die Schule gegen die starke Rolle der sozialen Herkunft für den Schulerfolg recht machtlos ist. Auch schaffen Länder wie Holland oder Belgien oder das Bundesland Berlin mit ihren sechsjährigen Grundschulen nicht mehr Gerechtigkeit als Bundesländer mit vierjähriger Grundschulzeit, wie die Pisa-Studie und andere Untersuchungen zeigen.

Aber auch die Schüler, Eltern und Lehrer der Hamburger Gymnasien, die erfolgreich gegen die Primarschule gekämpft haben, sind nun in der Pflicht. Sie müssen sich überlegen, was sie zum sozialen Zusammenhalt der Stadt beitragen können – ganz besonders die humanistischen Gymnasien, wenn Humanismus nicht zu hohlen Phrase verkommen soll. Sie könnten Patenschaften für Schulen in sozial schwächeren Stadtteilen übernehmen, ihre Schüler, Eltern und Lehrer könnten den Schülern in Problemstadtteilen Nachhilfe geben oder ihnen als Mentoren dienen.

Es wäre schön, wenn sich die Elterninitiative "Wir wollen lernen!" in die Initiative "Wir wollen helfen!" umwandelte.

Verbände

VERBAND BILDUNG UND ERZIEHUNG

www.vbe.de PD 25, 19.07.2010

Hamburger Volksentscheid

VBE: Ein schwarzer Tag für die Bildungsgerechtigkeit

„Verlierer sind mal wieder insbesondere die Kinder aus bildungsfernen Schichten“, kommentierte Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), das Ergebnis des Hamburger Volksentscheids. „Längeres gemeinsames Lernen ist eine wichtige Stellschraube, um die in Deutschland besonders ausgeprägte Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft zu verringern“.

Der Kommentar der Bundesbildungsministerin Annette Schavan im ARD-Morgenmagazin „Es ist eine gute Nachricht für das Gymnasium“ sei ein Zeichen dafür, dass die Bildungspolitik der Bundesregierung sich in erster Linie an dem orientiere, was aus ihrer Sicht dem Gymnasium nutzt. Wenn Deutschland aber Bildungsrepublik werden wolle, brauche es eine Bildungspolitik, in deren Mittelpunkt Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit für alle stehe.

„Hamburg zeigt“, so Beckmann, „dass man in Deutschland eine Veränderung des Schulsystems zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit den gleichen Argumenten wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts verhindern kann. Das ist bitter!“

Unmittelbare Auswirkungen des Hamburger Ergebnisses auf NRW sieht der VBE allerdings nicht, da das Konzept der Landesregierung in NRW im Gegensatz zu Hamburg das Festhalten an der 4-jährigen Grundschulzeit vorsieht. Das längere gemeinsame Lernen in den Klassen 5 und 6 ist allein Bestandteil der Gemeinschaftsschule, über deren Einführung unter Einbindung aller an Schule Beteiligten vor Ort entschieden wird.

Beckmann abschließend: „Auch mit Blick auf das Hamburger Ergebnis ist es gut, dass die neue Landesregierung in NRW die Veränderung des Schulsystems nicht von oben verordnet, sondern lediglich den Rahmen schaffen will, in dem vor Ort über Veränderungen entschieden werden kann“.

GEW, Hauptvorstand, 19.07.2010

GEW: „Reformgegner siegen mit Angstkampagne“

Bildungsgewerkschaft zum Schulreform-Volksentscheid in Hamburg

Berlin - Das Ergebnis der Volksabstimmung über längeres gemeinsames Lernen in Hamburg ist aus Sicht der GEW enttäuschend. „Die Angstkampagne der Reformgegner hat gesiegt. Es ist ihnen gelungen, bei vielen Menschen Verlustängste für die Lernbedingungen ihrer Kinder zu erzeugen“, so der Bundes-GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne „Das muss in Hamburg respektiert und aufgearbeitet werden.“

Gleichwohl ist für die GEW dieser Schritt der Verhinderung pädagogisch falsch und rückwärts gewandt. Die Probleme der scharfen sozialen Ausgrenzung in einem mehrgliedrigeren Schulsystem bleiben und mahnen dringend zum Handeln, wie Thöne erläuterte. Das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens bleibt für die Bildungsgewerkschaft auf der bildungspolitischen Agenda.

„Niemand sollte jetzt voreilige Schlüsse ziehen“, so Thöne „Dies ist das Ergebnis einer politisch zugespitzten Entwicklung in einer Großstadt und kann nicht zum Maßstab für die Entwicklung in anderen Bundesländern genommen werden. Flächenstaaten wie beispielsweise Niedersachsen und NRW haben obendrein die schwierige Aufgabe, in allen Regionen trotz Schülerrückgangs auch zukünftig attraktive Schulstandorte in Wohnortnähe anzubieten. Für sie kann und darf es kein Stopp in der Schulentwicklung geben.“

Aktion Humane Schule e.V., Niederkassel, d. 19. Juli 2010

Gescheiterte Schulreform in Hamburg:

Aktion Humane Schule e.V.: Egoistische Motive haben sich durchgesetzt

Aktion Humane Schule bewertet Erfolg der Reformgegner als Pyrrhussieg

„Das Motto der Reformgegner ‚Wir wollen lernen!‘ beinhaltet unausgesprochen die Ergänzung: ‚und die aus sozial benachteiligten Schichten sollen es nicht‘. Der Egoismus einer kleinen Gruppe privilegierter Bürger hat sich durchgesetzt“, kommentierte Detlef Träbert, Bundesvorsitzender der Aktion Humane Schule (AHS), das Scheitern der sechs Schuljahre umfassenden Primarschule in Hamburg. Die Verlängerung der gemeinsamen Schulzeit von vier auf sechs Jahre sei eine Chance gewesen, die soziale Auslesewirkung von Schule zu verringern. Der Ausgang des Volksentscheids sei allerdings ein Pyrrhussieg, so Träbert.

Hamburg habe aus sozialen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen ein moderneres Schulsystem dringend nötig. „Auch Hamburg kann es sich nicht mehr länger leisten, Kinder wegen eines aussondernden Schulsystems zurückzulassen“, erklärte der AHS-Vorsitzende.

Die Konsequenz aus den Hamburger Erfahrungen müsse es sein, jetzt noch entschlossener für eine gemeinsame Schulzeit von zehn Jahren für alle Kinder und Jugendlichen in einer Schule für alle einzutreten, ist Träbert überzeugt. Das Hamburger Zweisäulenmodell mit Stadtteilschule und Gymnasium sei nicht weniger selektiv als ein dreigliedriges System.

„Es war gerade die Lobby des Gymnasiums, die den Fortschritt in der Grundschule verhinderte“, analysierte Träbert. Das Gymnasium erweise sich immer deutlicher als der Bremsen für ein sozial gerechteres und leistungsfähigeres Bildungswesen.

DPhV - Deutscher Philologenverband,

Pressemitteilung vom 19.07.2010

Hamburger Volksentscheid gegen die Primarschule: Phantastischer Erfolg der Elterninitiative mit bundesweiter Signalwirkung

Berlin (ots) - Meidinger regt deutschlandweites zehnjähriges Moratorium gegen weitere Struktureingriffe an!

Zu dem erfolgreichen Volksentscheid gegen die Einführung der Primarschule in Hamburg hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, dem Sprecher der Elterninitiative, Dr. Walter Scheuerl, herzlich gratuliert.

"Das ist ein phantastisches Votum für den Erhalt eines leistungsfähigen Gymnasiums, das in dieser Klarheit mit fast 60 Prozent Zustimmung für die Vorlage der Bürgerinitiative nicht erwartet werden konnte", sagte der Verbandsvorsitzende.

Meidinger erinnerte daran, dass eine Viertelmillion an Steuermitteln in die Gegenkampagne des Senats geflossen und das Hamburger Straßenbild in den letzten Wochen von den großformatigen Plakaten der Reformbefürworter geprägt gewesen sei.

"Vom Hamburger Bürgervotum geht ein Signal für ganz Deutschland und an alle Landesregierungen aus, endlich von sinnlosen, teuren und unnützen Strukturreformen die Finger zu lassen und sich auf Steigerung der Unterrichtsqualität, intensive Frühförderung, mehr Ganztagschulen und bessere pädagogische Rahmenbedingungen zu konzentrieren. Es gibt in Deutschland keine gesellschaftliche Mehrheit für ein sogenanntes 'längeres gemeinsames Lernen', dessen Nutzen überdies von allen renommierten empirischen Bildungsforschern bezweifelt wird. Bereits bei der großen Allensbach-Umfrage zum Reformbedarf an deutschen Schulen im Frühjahr standen die Forderungen nach kleinen Klassen und weniger Unterrichtsausfall bei den Befragten ganz oben, die Forderungen nach einer Verlängerung der Grundschulzeit aber weit hinten. Die Bildungspolitik sollte sich endlich an den Wünschen der Bevölkerungsmehrheit orientieren!", betonte Meidinger.

Der DPhV-Vorsitzende betrachtet den Volksentscheid nicht nur als Misstrauensvotum gegenüber dem Senat, sondern gegenüber dem Gebaren der gesamten Hamburger Legislative, die sich mit ihrem früheren einstimmigen Beschluss für die Primarschule offensichtlich sehr weit von dem entfernt habe, was die Bürgerinnen und Bürger vor Ort empfänden und anstrebten. Er betonte: "Es ist höchste Zeit für eine dauerhafte Absage aller im Parlament vertretenen Hamburger Parteien an eine ideologiegeleitete Bildungs- und Schulpolitik, wie sie in den letzten beiden Jahren die Schulbehörde von Senatorin Christa Goetsch betrieben hat. Die Lehre für andere Bundesländer lautet: Die Bevölkerungsmehrheit akzeptiert es nicht, wenn zugunsten nicht belegter Wirkungen einer längeren Grundschulzeit die erfolgreichste Schulart Deutschlands, das Gymnasium, schrittweise geschwächt und kaputt gemacht werden soll." Meidinger kündigte an, dass der Philologenverband mithilfe breiter Bündnisse sich nun verstärkt darauf konzentrieren werde, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Thüringen die Benachteiligung und Schwächung von Gymnasien und die Verlängerung von Grundschulzeiten zu verhindern.

Ausgehend vom Hamburger Volksentscheid stellte er die Forderung auf, dass die Bildungspolitik in allen Bundesländern in den nächsten 10 Jahren auf umstrittene, überflüssige Struktureingriffe, die auf keinen breiten gesellschaftlichen Konsens stießen, verzichten und sich auf die nach PISA 2000 von der Kultusministerkonferenz vereinbarten Handlungsfelder konzentrieren sollte.

Die Kritik an der angeblich zu geringen Wahlbeteiligung beim Volksentscheid wies Meidinger zurück: "Die Wahlbeteiligung war so hoch wie bei der letzten Europawahl. Angesichts der Tatsache, dass in Hamburg Urlaubszeit ist und nur 20 Prozent der Wahlberechtigten schulpflichtige Kinder haben, von denen wiederum nur ein Teil direkt betroffen gewesen wäre, sind 40 Prozent Wahlbeteiligung ein sehr guter Wert. Es ist toll, dass es der Initiative gelungen ist, eine echte Bürgerbewegung der Basis zu werden und so viele Hamburger für dieses wichtige Thema zu interessieren und zu mobilisieren! Jetzt gibt es die Chance für Hamburg, aber auch für andere Bundesländer, einen dauerhaften Schulfrieden zu bekommen, dazu gehört auch, Schulen, Lehrer und Schüler endlich in Ruhe ihre Arbeit machen zu lassen."

Deutscher Lehrerverband (DL) zum schulpolitischen Referendum in Hamburg:

19.07.2010

„Endlich eine bürgerliche Revolte“

„Hoffentlich versteht man dieses Signal im Saarland und in NRW“

Zum Ergebnis des Hamburger Bürgerentscheides gegen eine verlängerte Grundschulzeit nahm DL-Präsident Josef Kraus wie folgt Stellung:

„Das Votum der Hamburger gegen eine verlängerte Grundschule kommt einer bürgerlichen Revolte gleich. Ich begrüße diese außerordentlich. Einmal mehr hatte sich hier die Politik zumal in einer Art Allfraktionenkoalition gegen den Willen des Volkes gestellt. Verlierer ist vor allem die CDU, deren Bildungspolitik in ihrer Beliebigkeit und Profillosigkeit ohnehin zu ihrer offenen Flanke geworden war.

Gewinner sind die Kinder, die auch zukünftig bereits ab der 5. Klasse eine ihren Fähigkeiten entsprechende Differenzierung erfahren. Immerhin haben alle namhaften Studien bewiesen, dass viele Kinder durch eine verlängerte Grundschule gebremst und auch schwache Schüler mit einem so genannten längeren Lernen nicht besser gefördert werden.

Es ist sehr zu hoffen, dass die überflüssigen Debatten um eine verlängerte Grundschule nun endlich verstummen. Hoffentlich erkennen auch die Koalitionen im Saarland und in NRW die Bedeutung des Hamburger Referendums. Dort will man nämlich ebenfalls gegen jede praktische Erfahrung und wissenschaftliche Erkenntnis die Grundschule verlängern. Es wird höchste Zeit, dass die sozialpopulistischen Träumereien von einer Einebnung der Schullandschaft einer rationalen Betrachtung Platz machen.“

Interviews

Klemm: "Wir haben die Entwicklung verschlafen"

Süddeutsche Zeitung.de, 22.07.2010,

Bildungsforscher Klaus Klemm erklärt, warum eine längere Grundschulzeit wichtig für die Gesellschaft ist und was bei der Lehrerbildung falsch läuft.

Interview: M. Holzmüller

Seit Hamburg sich per Volksentscheid gegen die Einführung der sechsjährigen Primarschule anstelle der vierjährigen Grundschule entschieden hat, diskutiert das Land über das richtige Schulsystem. Bildungswissenschaftler Klaus Klemm war einst im Beirat der Pisa-Studien. Im Gespräch erklärt er, warum eine längere gemeinsame Schulzeit wichtig für die Gesellschaft ist und welche Fehler in der Lehrerbildung gemacht werden.

sueddeutsche.de: Herr Klemm, nach dem Nein der Hamburger zur sechsjährigen Primarschule wird über den Sinn des längeren gemeinsamen Lernens diskutiert. Wie bewerten Sie diese Idee?

Klaus Klemm: Sieht man sich die Leistungsstudien an, so wird ersichtlich, dass allein eine Verlängerung der gemeinsamen Grundschulzeit keine höheren Kompetenzen bei den Schülern hervorbringt. Gleichzeitig ist jedoch belegt, dass Kinder, die in problemverdichteten Lerngruppen arbeiten, wie das in Hauptschulen der Fall ist, sich gegenseitig in ihrer Fortentwicklung hemmen. Für sie ergibt längeres gemeinsames Lernen mit stärkeren Schülern Sinn. Der Übergang von der Grundschule auf eine weiterführende Schule bringt eine soziale Selektivität mit sich. Je früher dieser Übergang nötig ist, desto mehr verstärkt er den sozial spaltenden Effekt. Ob allerdings zwei Jahre mehr in der Grundschule ausreichen, diese Selektivität zu mindern, ist fraglich. Dafür wäre es vielleicht notwendig, sich an Skandinavien zu orientieren, wo Schüler überhaupt nicht auf unterschiedliche Schulen sortiert werden.

sueddeutsche.de: Gibt es überhaupt klare Vorteile des längeren gemeinsamen Lernens?

Klemm: Oft übersehen wird der gesellschaftliche Aspekt. Die Schule ist der einzige Ort, an dem Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Schichten und Ethnien zusammenkommen. Die Kirche hat diese integrative Funktion verloren, die Bundeswehr füllt diese Rolle für junge Männer ebenfalls nicht mehr aus und durch die Ganztagschulen ist auch das Zusammenkommen verschiedener Bevölkerungsgruppen in Sportvereinen nicht mehr möglich. Eine längere gemeinsame Schulzeit fördert deshalb auch Integration und Toleranz.

sueddeutsche.de: Viele Eltern, vor allem aus bürgerlichen Schichten, haben Angst, dass ihre Kinder in einer Gemeinschaftsschule nicht genügend gefördert werden.

Klemm: Das wird nicht passieren. In Berlin wechseln sieben Prozent der Schüler nach der vierten Klasse aufs Gymnasium, die große Mehrheit erst nach sechs Jahren. Studien haben gezeigt, dass die Lernentwicklung der Kinder, die länger die Grundschule besuchten, in keiner Weise der Entwicklung der Schüler nachsteht, die schon nach der vierten Klasse wechselten.

sueddeutsche.de: Wer in Deutschland das Gymnasium verändern möchte, muss mit riesigem Widerstand rechnen. Ist diese Sonderrolle des Gymnasiums gerechtfertigt?

Klemm: Das Argument ist immer, wir brauchen das Gymnasium, um unsere Leistungsspitze nachzubesetzen. Aber im internationalen Vergleich ist unser Gymnasium nicht besser als Schulmodelle aus dem Ausland. Die 30 Prozent der Besten in Deutschland sind nicht besser als die 30 Prozent der Besten im Ausland, wo es womöglich nur eine einzige Schule für alle gibt. Deshalb hat das Gymnasium seine Stellung eigentlich nicht verdient. Weniger als von der Struktur des Schulsystems hängt die Leistung der Schüler von pädagogischen Modellen ab.

sueddeutsche.de: Wie müsste sich die Lehrerausbildung ändern, um eine bestmögliche Förderung aller Schüler in einer gemeinsamen Schulform zu garantieren?

Klemm: Sie müsste einen stärkeren pädagogischen Schwerpunkt haben. Wir bilden heute noch immer Mathematiker und Biologen statt Mathematik-Lehrer und Biologie-Lehrer aus. Lehrer müssen schon in der Ausbildung lernen, wie man mit heterogenen Bildungsgruppen arbeitet. Um diesen Wandel in den Studienplänen umzusetzen, ist es allerdings jetzt zu spät. Bis die ersten Lehrer nach den neuen Prinzipien auf den Arbeitsmarkt kämen, vergehen mindestens 15 Jahre. Und bis dahin sind alle nötigen Stellen schon besetzt. Diese Entwicklung haben wir verschlafen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Nr.164, Dienstag, den 20. Juli 2010 , Seite 5 Fenster schließen

Schavan: 'Eltern und Kinder werden irre'

Bundesbildungsministerin Annette Schavan über lästige Sonderwege, die Probleme des Föderalismus und den Kampf um ein höheres Bafög

Als sie noch Kultusministerin in Baden-Württemberg war, hat Annette Schavan (CDU) die Macht der Länder in der Bildungspolitik stets verteidigt. Als Bundesbildungsministerin zeigt sich die 55-Jährige nun enttäuscht vom föderalen Durcheinander bei den Schulen. Im Ergebnis des Hamburger Volksentscheids sieht sie auch ein Signal dafür, dass Sonderwege der Länder keinen Erfolg haben.

SZ: Die CDU verliert einen Spitzenpolitiker und Ministerpräsidenten nach dem andern. Was ist da los? Ist es so schwer, Politik zu machen?

Schavan: Christian Wulff ist Bundespräsident, Günther Oettinger EU-Kommissar geworden. Ole von Beust hat persönliche Gründe für seine Entscheidung angegeben. Und daneben gibt es die vielen, die weiterhin engagiert für die CDU Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik machen.

SZ: Manche sagen, Angela Merkel sollte den Parteivorsitz ablegen, Platz machen für jemanden, der emotionaler ist, der das Herz der Partei wieder wärmt.

Schavan: Ich stelle keinen Wärmeverlust fest. Angela Merkel ist die unangefochtene Nummer eins in der CDU und hält die Partei auch in schwieriger Zeit zusammen.

SZ: Merkel muss nichts ändern?

Schavan: Statt Stilfragen zu diskutieren, sollten alle miteinander an der Kommunikation mit den Bürgern arbeiten. Wir müssen die Politik besser erklären.

SZ: In Hamburg ist das offenbar nicht gelungen. Dort haben die Bürger gegen die Schulreform von Schwarz-Grün gestimmt. Viele in der Union sind darüber aber ganz froh, weil auch sie von einer Verlängerung der Grundschule nichts halten. Freuen Sie sich auch?

Schavan: Das Ergebnis von Hamburg kann heilsam sein. Es zeigt: Eltern und Kinder werden irre, wenn jede Landesregierung ihren Veränderungswillen vor allem in den Schulen auslebt. Es ist jetzt Zeit, dass sich die Länder wieder stärker auf ihre Gemeinsamkeiten konzentrieren.

SZ: Viele Hamburger hat aufgeregt, dass den Gymnasien zwei Schuljahre genommen werden sollten. Die Gymnasien sehen sich schon durch den Wegfall der 13. Klasse (G8) unter Druck. Als Kultusministerin in Baden-Württemberg haben Sie einst das 'Turbo-Abi' durchgesetzt. Sollte man die Gymnasien jetzt mal in Ruhe lassen?

Schavan: Ja. Das G8 ist überall da kein Problem, wo auch der Lernstoff entsprechend angepasst wird. Im Übrigen: Das Gymnasium ist die verlässliche und weltweit anerkannte Konstante des deutschen Bildungssystems. Ich halte wenig davon, diese Schulform abzuwerten.

SZ: Was ist für Sie konservative Bildungspolitik?

Schavan: Sie geht vom Menschen, seinen Bedürfnissen und Talenten aus. Struktur- und Organisationsfragen stellen sich erst später. Die Politik darf nicht den Eindruck erwecken, dass die Schulstruktur das Entscheidende ist.

SZ: Aber für den Schüler macht es einen Unterschied, ob er eine Hauptschule besucht, eine Gesamtschule oder ein Gymnasium.

Schavan: Durch die demografische Entwicklung werden in Zukunft weniger Schulformen nebeneinander existieren. Das finde ich unspektakulär, das entwickelt sich vor Ort automatisch. Am wichtigsten sind die Inhalte, das Curriculum.

SZ: Müssen die Lehrpläne grundsätzlich reformiert werden?

Schavan: Ich halte nichts davon, Kinder und Jugendliche mit immer mehr Wissen zu überhäufen. Jedes Fach muss sich fragen, welche Inhalte wirklich bilden, ein Fundament legen und Neugierde wecken.

SZ: Noch immer hat jedes Bundesland eigene Lehrpläne. Und auch bei den Strukturen geht es wild durcheinander. Im Saarland plant die Jamaika-Koalition, die Grundschule auf fünf Jahre zu verlängern - bundesweit einmalig. Können Sie das den Bürgern überhaupt noch erklären?

Schavan: Das kann und will ich ihnen nicht erklären. Ich halte die vielen Sonderwege ja selbst für falsch. Und ich glaube nicht, dass diese Zustände noch lange andauern werden.

SZ: Ihnen hängt der Föderalismus allmählich zum Halse raus?

Schavan: Nein. Aber ich bin sicher, dass er besser werden kann.

SZ: Wie kann es besser werden?

Schavan: Ich möchte ja gar nicht für 44000 Schulen in Deutschland zuständig sein. Mein Vorbild ist die Schweiz. Dort gibt es starke Kantone, aber eine Zusammenarbeit mit dem Bund, wo es um national relevante Fragen geht. Das wünsche ich mir hierzulande auch.

SZ: Sie fordern das Ende des deutschen Kooperationsverbots, das es dem Bund verbietet, in die Schulpolitik einzugreifen oder eine Universität direkt zu finanzieren?

Schavan: Ja, das Kooperationsverbot ist nicht Ausdruck eines föderalen Selbstbewusstseins, sondern einer Blockade, die niemandem nützt.

SZ: Die Kulturhoheit und das Kooperationsverbot wurden aber in der jüngsten Föderalismusreform festgeschrieben. Sie waren zu der Zeit bereits Bundesbildungsministerin. Wann und wie wollen Sie das denn noch einmal aufrollen und neu regeln?

Schavan: Das Kooperationsverbot ging vor allem auf den Druck der

Länder zurück. Eine neue Politikergeneration wird die Aufgabe der Verbindung von globaler Welt und Föderalismus annehmen, davon bin ich überzeugt.

SZ: Werden Sie zu der Generation denn noch dazugehören?

Schavan: Ich habe dafür noch manche Idee, ja.

SZ: Wann also kommt die Reform des Föderalismus?

Schavan: Darüber möchte ich nicht spekulieren. Aber warum dürfen Bund und Länder zusammen nur Studien in Auftrag geben, um die Vergleichbarkeit des Bildungssystems 'festzustellen'? Wir wollen die Qualität gemeinsam 'sicherstellen'. Schon diese kleine Grundgesetzänderung hätte große Wirkung, ohne dass den Ländern etwas weggenommen wird.

SZ: Reden wir über die Gegenwart: Der Bundesrat hat die Bafög-Erhöhung vorerst gestoppt. Wann können die Studenten nun mit mehr Geld rechnen?

Schavan: Hoffentlich bald, das Bafög ist für die Studentinnen und Studenten sehr wichtig. Und ein wichtiger Baustein für Bildungsgerechtigkeit.

SZ: Die Länder fordern vom Bund, einen höheren Anteil an den Bafög-Kosten zu übernehmen. Beim Stipendienprogramm sind Sie den Ländern bereits entgegengekommen. Ist Ihnen das Bafög weniger wichtig als die Stipendien?

Schavan: Das Bafög ist nicht nur genauso wichtig. Es ist gleichsam der große Tanker der Studienfinanzierung: Etwa jeder vierte Studierende erhält Bafög - und wenn die Erhöhung und die höheren Freibeträge kommen, werden es noch mehr.

SZ: Das heißt, Bafög ist die Pflicht und das Stipendienprogramm die Kür? Nur haben Sie zuerst die Kür gemacht...

Schavan: Stipendien sind nicht nur Kür. Sie sind eine Selbstverständlichkeit in attraktiven Wissenschaftsnationen, und deshalb war es wichtig, dass wir in Deutschland endlich ein solches Programm auf den Weg gebracht haben. Nun ist es ganz wichtig, dass auch die Bafög-Erhöhung klappt. Dafür werde ich kämpfen.

Interview: Johann Osel, Heribert Prantl und Tanjev Schultz

Schulreformen

© Süddeutsche Zeitung, Nr.157, Montag, den 12. Juli 2010 , Seite 6

Kritik an Schulreformen

Berlin - Eine Woche vor dem Volksentscheid über eine sechsjährige Primarschule für Hamburg fordern mehrere Unions-Kultusminister, Schluss mit den ständigen Schulreformen zu machen. 'Systemkonstanz ist entscheidend für gute Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler', sagte der Präsident der Kultusministerkonferenz, Ludwig Spaenle, (CSU) der Welt am Sonntag. 'Wir dürfen nicht die Einheitsschule vorbereiten, sondern müssen die individuelle Förderung der Kinder verbessern, das leistet das differenzierte, mehrgliedrige Schulsystem', fügte er hinzu. Niedersachsens Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) forderte, Unterrichtsstrukturen und die Qualität von Unterricht zu verbessern. Statt ständiger Bildungsreformen brauche Schule Kontinuität. dpa

Copyright © FR-online.de 2010, Erscheinungsdatum 14.07.2010 | Ausgabe: d

Baustelle Bildungspolitik

Der Countdown für Deutschlands spannendste Bildungsentscheidung läuft. Am Sonntag stimmen die Hamburger Bürger darüber ab, ob die Grundschul Kinder in der Hansestadt künftig vier oder sechs Jahre gemeinsam lernen. Der Ausgang des Volksentscheids dürfte Signalwirkung auch für andere Bundesländer haben, die über Schulreformen nachdenken oder schon mitten drin sind.

In Hamburg geht es um einen äußerst strittigen Punkt einer umfassenden Reform, die auf ein zweigliedriges Schulsystem setzt, nämlich auf Gymnasium und Stadtteilschule, die beide zum Abitur führen können. Kontrovers diskutiert wird nicht die neue Zweigliedrigkeit, sondern der Plan, Grundschul Kinder bis zur sechsten Klasse gemeinsam lernen zu lassen - übrigens in deutlich kleineren Klassen als bisher.

Im Saarland schlägt die Jamaika-Koalition ähnliche Wege ein - doch hier hat sich nur eine fünfjährige Grundschule durchgesetzt. Befürworter der Gemeinschaftsschul-Idee sehen darin einen politischen Kompromiss ohne Schlagkraft. Gegner halten selbst ein Jahr zusätzliche Grundschule für zu viel. Sie möchten Kinder bereits nach vier Jahren aufs Gymnasium schicken, damit sie nichts verpassen.

In Nordrhein-Westfalen wagt sich die geplante rot-grüne Minderheitsregierung nicht an die Grundschulen ran, will aber Gemeinschaftsschulen ab der 5. Klasse einführen. Mit bangem Blick nach Hamburg schickt das Damen-Duo Hannelore Kraft (SPD) und Sylvia Löhrmann (Grüne) aber eine klare Botschaft an Eltern und Lehrer voraus: Reformiert werde nicht gegen ihre Interessen. (ki)

Contra: Ade Klassengemeinschaft

Volker Ladenthin

Professor Volker Ladenthin ist Bildungsforscher. Er lehrt Historische und Systematische Erziehungswissenschaft an der Universität Bonn.

Ausgerechnet in jener Studie, die auf der Homepage des Hamburger Senats als Beleg für den Nutzen einer verlängerten Grundschulzeit angeführt wird, schreibt PISA-Experte Jürgen Baumert: "Die vorliegenden Befunde sagen nichts über die Erfüllung des spezifischen Bildungsbeitrags dieser Schulen aus." Man weiß also nicht, welche Folgen es für angehende Gymnasiasten hat, wenn sie zwei Jahre länger auf der Grundschule bleiben. Wer massiv ins Schulsystem eingreift, sollte den Nutzen wenigstens angeben können.

Nun weiß jeder Rockgitarrist: Wer beim Üben der Riffs erst mit 13 Jahren beginnt, hat es schwerer als der Bandkollege mit musikalischer Früherziehung. Das gilt auch für das Spezifikum des Gymnasiums, die Schulung des abstrahierenden Denkens. Jedes Fach auf dem Gymnasium arbeitet von Klasse 5 daran - es ist jene Fähigkeit, die besonders die Naturwissenschaften brauchen. Mit einem Crashkurs sind verlorene Jahre nicht aufzuholen.

Nicht alle Kinder sind mit zehn Jahren schon zum abstrakten Lernen fähig - manche langweilen sich und beginnen den Unterricht zu stören, wenn sie die Struktur der Athenischen Verfassung aus Quellentexten rekonstruieren sollen; sie begeistern sich aber für Xerxes und Demosthenes. Oder sie liegen irgendwo dazwischen.

Bisher konnte man ihnen schulspezifisch gerecht werden. Wer nunmehr all diesen verschiedenen Erwartungen in einer Klasse gerecht werden will, muss hochgradig differenzieren. In Dorfschulen des 19. Jahrhunderts mit drei Fächern klappte das. Da begleitete der Lehrer seine 10 bis 15 Schüler acht Jahre lang.

Bei bis zu 30 Schülern und zehn Fächern wird konsequente Differenzierung überkomplex: 300 unterschiedliche Lernwege und individuelle Hausaufgaben planen? Wer kann das heute? Wer soll den Überblick behalten? Schullaufbahnberatung wird zum Glücksspiel. Und wer soll die passenden Klassenräume und die neuen Lehrmittel finanzieren? Ausgerechnet jetzt, wo der Staat sparen will?

Zudem muss bei verlängerter Grundschulzeit eine Primarstufenlehrerin Gymnasialunterricht in Mathe, Bio oder Englisch erteilen. Wissenschaftspropädeutik also. Gelernt hat sie dies bisher in der Ausbildung nicht - woher soll ganz plötzlich die neue Lehrkompetenz kommen? Wer soll all die nötige umfassende Fortbildung organisieren und finanzieren?

Leistungsunterschiede sind in Klasse vier schon deutlich - bis Klasse 6 nehmen sie rapide zu. Auch bei einer verlängerter Grundschulzeit wird man also schulintern zu homogenen Lerngruppen differenzieren müssen, um nach Leistungen oder Neigungen richtig fördern zu können.

Insofern wird natürlich auch die verlängerte Grundschule, wie der schwarz-grüne Senat sie in Hamburg durchsetzen will, "selektieren". Sie zeigt die "feinen Unterschiede" nur nicht nach außen. Die Kinder bemerken sie gleichwohl - und entwickeln Neid.

Klassengemeinschaft ade!

Natürlich hat die verlängerte Grundschulzeit auch Nutzen: Sie schiebt eine schwierige Entscheidung auf; sie gibt Spätentwicklern Zeit, bietet Unmotivierten weitere Gelegenheiten zur Einsicht. Aber sie hält die Leistungsstarken zurück, fängt mit spezifischer Förderung sehr spät an und schafft für die Leistungsstarken und Ehrgeizigen innerhalb der Klasse nicht die längst möglichen Herausforderungen.

Pro: Warum die Aufregung?

Heinz Klippert

Dr. Heinz Klippert ist Pädagoge, Schulpraktiker, Ökonom und in der Lehrerbildung tätig. Vor kurzem veröffentlichte der Experte für "Pädagogische Schulentwicklung" das Buch "Heterogenität im Klassenzimmer" (Beltz).

Deutschlands Bildungsbürger tun sich schwer mit dem gemeinsamen Lernen ihrer Kinder. Das hat die Debatte über die sechsjährige Grundschule in Berlin gezeigt. Und das zeigt sich derzeit in zugespitzter Form in Hamburg. Von Niveauverlust und Leistungsfeindlichkeit ist die Rede sowie davon, dass problematische Sozialmilieus drohen, und damit der Verlust an stimulierenden Vorbildern und Lernpartnern. Vieles spricht dafür, dass diese Aufregungen fehl am Platze sind. Längeres gemeinsames Lernen kann von Vorteil für alle Beteiligten sein - für die Stärkeren wie für die Schwächeren Schüler. Warum? Weil wechselseitiges Helfen, Diskutieren und Erklären im besten Sinne des Wortes bildet. Hinzu kommt, dass die Lehrer angesichts der ausgeprägten Heterogenität in den Klassen verstärkt differenzieren und individuell fördern müssen. Das begünstigt nachhaltiges Lernen. Einzige Voraussetzung: Die innerschulische Förderarbeit muss professionell vorbereitet und ausgestaltet werden. Die Grundschule liefert seit Jahr und Tag den besten Beweis dafür, dass gemeinsames Lernen aller Kinder möglich und vorteilhaft ist. IGLU und andere Schulstudien haben deutlich gemacht, dass sich die Primarschulen weder in puncto Leistungsniveau noch in Sachen Chancengerechtigkeit und Schülerintegration verstecken müssen.

Im Gegenteil: Die Stärkeren wie die Schwächeren Schüler schneiden im Grundschulbereich vergleichsweise überzeugend ab.

Letzteres lässt sich für das gegliederte Schulwesen der Sekundarstufe beim besten Willen nicht behaupten. Die Spitzenschüler erreichen selten internationales Top-Niveau; die Schwachen rutschen nur zu oft ins Bodenlose ab. 24 Prozent aller Schüler bleiben bis zum 15. Lebensjahr mindestens einmal sitzen - in der Hauptschule sind es sogar 42 Prozent.

Trotz dieser Selektionsverfahren erreichen gut 20 Prozent der 15-Jährigen keine tragfähige Berufsreife, das heißt, sie kommen in den Hauptfächern kaum über das Niveau von Grundschulern hinaus. Das spiegelt das Versagen des gegliederten Schulwesens in Deutschland.

Die Förderarbeit der Gemeinschaftsschulen ist deutlich anders angelegt. Da niemand abgeschoben werden kann, muss von vornherein sensibler und flexibler gefördert und gefordert werden. Deshalb plädiere ich für Entwarnung. Wenn längeres gemeinsames Lernen mit profilierten Förder- und Unterstützungssystemen einhergeht, dann ist

längeres gemeinsames Lernen eine Chance. Die Schüler werden breit aktiviert, das Fachwissen wird konsolidiert; der Erwerb vielfältiger sozialer, methodischer und personalen Schlüsselkompetenzen wird begünstigt. Das alles sollte ehrgeizige Eltern zutiefst beruhigen.

Unlogisch bei der derzeitigen Debatte ist für mich nur eines: Die Ausdehnung des gemeinsamen Lernens um nur zwei Jahre, wie es der Hamburger Senat plant. Die Gefahr ist nämlich die, dass unter diesen Vorzeichen die "Selektionsmentalität" in den Schulen überlebt und keine hinreichenden Anstrengungen unternommen werden, die nötigen Förderprogramme und -bedingungen sicherzustellen - weder politisch noch pädagogisch. Das begünstigt Unverbindlichkeit. Das Ausland macht uns seit langem vor, dass es auch anders geht.

Eltern halten Schulen in Deutschland für ungerecht

Pressemeldung, Gütersloh, 09.07.2010

Umfrage: Wenig Unterstützung für bildungsferne Familien - Eltern mit Leistungsfähigkeit von Schulen zufrieden

Eltern schulpflichtiger Kinder stellen den Schulen in Deutschland ein durchwachsenes Zeugnis aus und bemängeln vor allem fehlende Gerechtigkeit. 51% der Mütter und Väter von Schulkindern halten das deutsche Schulsystem für ungerecht und kritisieren, dass sich ihre Kinder nicht entsprechend ihrer Möglichkeiten entwickeln können. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung, die vom Institut Infratest dimap durchgeführt wurde. Besser schnitten die Schulen bei der Frage nach ihrer Leistungsfähigkeit ab: Hier gab es als Note von den Eltern eine schwache zwei. Bei der Bewertung der Gerechtigkeit spielt der Umfrage zufolge der Schultyp eine große Rolle: Nur 39% der Eltern von Grundschulern halten das Schulsystem für ungerecht, hingegen aber 58% der Eltern von Real- oder Hauptschülern und immerhin noch 49% der Mütter und Väter von Gymnasiasten. Auch in der Gesamtbevölkerung schätzen vier von zehn das Schulsystem als ungerecht ein (38%).

Als Hauptgrund für mangelnde Gerechtigkeit von Schulen geben die Eltern die fehlende individuelle Förderung ihrer Kinder an. Vor allem Väter und Mütter von Grund-, Haupt- und Realschülern kritisieren, dass sich ihre Kinder nicht nach ihren Möglichkeiten entwickeln können und außerschulische Unterstützung benötigen. So helfen über 80% der Eltern mit einem mittleren oder hohen Bildungsabschluss ihren Kindern bei schulischen Aufgaben, bei den Eltern mit einem niedrigen Bildungsabschluss sind es hingegen nur 57%.

Davon sehen sich 37% der Eltern mit einem niedrigen Bildungsabschluss nicht in der Lage, ihre Kinder ausreichend zu unterstützen. Zum Vergleich: Nur drei Prozent der Mütter und Väter mit einem hohen Schulabschluss sind dieser Ansicht. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn das Haushaltseinkommen zugrunde gelegt wird: Die Hälfte der Eltern mit einem Haushaltseinkommen von unter 1.500 Euro, die ihr Kind bei schulischen Aufgaben nicht unterstützen, führen dies auf ihre fehlenden Möglichkeiten zurück. Von den Eltern mit hohem Haushaltseinkommen sehen sich hingegen lediglich fünf Prozent nicht in der Lage zu helfen.

Während die Schulen beim Thema Gerechtigkeit in der Gesamtbevölkerung besser abschneiden als bei den Eltern, verhält es sich bei der Leistungsfähigkeit von Schulen umgekehrt: Die Gesamtbevölkerung vergibt hierfür im Schnitt eine befriedigende Note, von den Eltern gibt es hingegen eine knappe zwei (2,4). Allerdings variiert auch hier die Einschätzung je nach Schultyp. Die Eltern von Haupt- und Realschülern bewerten die Leistungsfähigkeit der Schulen mit 2,6, die Eltern von Grundschulern hingegen mit 2,3. Beurteilt wurden die Qualität der Schulen insgesamt sowie die Vermittlung von Wissen, selbstständigem Lernen, Entfaltung der Persönlichkeit und sozialem Handeln.

"Unser Schulsystem muss nicht nur besser, sondern auch gerechter werden", bewertet Dr. Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, die Ergebnisse der Umfrage. Als Grund für die fehlende Chancengerechtigkeit nennt er die geringe individuelle Förderung der Kinder in den Schulen: "Es darf nicht sein, dass Eltern ihre

Kinder bei schulischen Aufgaben unterstützen müssen oder Unterstützung in Form von Nachhilfe kaufen, aber nur Eltern mit höherem Einkommen und Bildungsstand sich diese Unterstützung leisten können." Die Befragten hätten deutlich unterstrichen, wie wichtig in Deutschland das Recht eines jeden Kindes auf bestmögliche Förderung seiner Begabungen sei. "Die individuelle Förderung ist die wichtigste Aufgabe des öffentlichen Schulsystems und ich hoffe, dass sich die Politik dieser Verantwortung auch in schwierigen Zeiten stellt", so Dräger.

Um den Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und Herkunft und die Entwicklung der Bildungschancen in Deutschland transparent zu machen, hat die Bertelsmann Stiftung eine Zusammenarbeit mit Professor Wilfried Bos und dem Institut für Schulentwicklung der TU Dortmund vereinbart. Die beiden Kooperationspartner wollen ab 2011 jährlich einen "Chancenspiegel" herausgeben, der auch mögliche Unterschiede bei den Bundesländern benennt (www.chancen-spiegeln.de).

Zur Befragung:

Die Umfrage wurde durch das Institut Infratest dimap durchgeführt. Die repräsentative Befragung berücksichtigte 1.400 Personen, darunter 650 Eltern von Schulkindern, die vertiefend befragt wurden. Die Grundgesamtheit bildete die deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren bzw. die Eltern von Schulkindern in Deutschland. Die Teilnehmer wurden durch eine repräsentative Zufallsauswahl (Randomstichprobe) ausgewählt und vom 10. bis 21. März 2010 per computergestützten Telefoninterviews (CATI) befragt